

vorläufige Fassung*

**STENOGRAFISCHES
PROTOKOLL
(öffentlicher Teil)**

der 11. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Freitag, dem 19. Juni 2009, 11:00 Uhr
Sitzungssaal 2.300
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Abg. Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD)

Tagesordnung

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Zeugenvernehmung von

- Kurt F. Viermetz

Seite

6 - 44

* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen und Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird die Stenografische Aufzeichnung über ihre Vernehmung gemäß § 26, Abs. 2 PUAG zugesandt. Ihnen wird Gelegenheit gegeben, binnen zwei Wochen dem Ausschussesekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Korrekturen und Ergänzungen seitens der Zeugen und Sachverständigen werden nach Eingang im Sekretariat dem entsprechenden Protokoll beigelegt.

(Beginn: 11.04 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses und hoffe, dass Sie und die Mitglieder des Untersuchungsausschusses bzw. unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter doch noch einige Stunden Schlaf gefunden haben, bevor Sie sich wieder heute in diesem ja mittlerweile zur zweiten Heimat gewordenen Sitzungssaal 2.300 eingefunden haben.

Ich begrüße natürlich insbesondere auch die Öffentlichkeit und die Pressevertreter und bitte darum - ich kann das jetzt nicht genau überblicken -, dass die Vertreter der Medien sich alsbald anschicken, hier ihre Bild- und Tonaufnahmen einzustellen.

Für den heutigen Vormittag haben wir uns eine Zeugeneinvernahme vorgenommen, und zwar die Zeugeneinvernahme des Herrn Kurt Viermetz, die gleich beginnen wird. Möglicherweise wird sich an diese Zeugeneinvernahme in öffentlicher Sitzung - das ist aber rein vorsorglich - noch eine Einvernahme in nichtöffentlicher Sitzung anschließen. Das werden wir jedoch vom entsprechenden Sitzungsverlauf abhängig machen.

Ferner weise ich darauf hin, dass Ton- und Bildaufnahmen während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig sind, und bitte Sie alle, Ihre Handys während der gesamten Sitzung auszuschalten. Verstöße hiergegen können natürlich geahndet werden. Von daher verweise ich auch ergänzend auf den Beschluss des Ältestenrates vom 16. September 1993.

Ferner teile ich Ihnen mit, dass sich Frau Kollegin Raab aufgrund eines dringenden Wahlkreistermines für die heutige Sitzung entschuldigt hat, sodass, wenn eine Vertretung für mich erforderlich ist, diese gemäß dem Verfahrensbeschluss bzw. Beschluss des Ausschusses durch Herrn Leo Dautzenberg wahrgenommen werden wird.

Einziger Punkt ist, wie gesagt, heute die Zeugeneinvernahme des Herrn Kurt Viermetz, geladen auf 11 Uhr. Wir sind ziemlich gut in der Zeit.

**Vernehmung des Zeugen
Kurt F. Viermetz**

Herr Viermetz, ich begrüße Sie und heiße Sie herzlich willkommen und stelle fest, dass Sie mit Ladungsschreiben vom 29. Mai bzw. 8. Juni 2009 geladen worden sind.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass über Ihre Zeugenaussage eine Tonaufnahme gefertigt wird, welche aber allein dem Zwecke dient, die Ausfertigung des Stenografischen Berichts zu erleichtern. Die Aufnahme wird später unverzüglich wieder gelöscht. Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen ferner nach Fertigstellung zugestellt, und Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Ergänzungen oder Korrekturen vorzunehmen. Sollte der Ausschuss im Rahmen Ihrer Vernehmung - das bringt die Materie möglicherweise mit sich - einen Verschlussgrad beschließen müssen - sprich: nichtöffentlicher Teil -, haben Sie diese Möglichkeit allerdings nur, indem Sie dieses Protokoll in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages gegebenenfalls einsehen.

Ich habe ferner auch festgestellt, Herr Viermetz, dass Sie von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, sich eines Rechtsbeistandes zu bedienen, und begrüße Sie, Herr Eberhard Kempf aus Frankfurt, auf das Herzlichste. Ich würde Sie bitten, sich vielleicht mit einem Satz dem Ausschuss vorzustellen.

Rechtsbeistand Eberhard Kempf: Mein Name ist Eberhard Kempf. Ich betreue Herrn Viermetz im Zusammenhang mit seiner hiesigen Aussage, natürlich, wie es sich gehört, in den eher formalen Fragen seiner Aussage, also Befreiung von der Schweigepflicht als Aufsichtsratsvorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrates. Die Frage ist geklärt. Herr Viermetz ist von der Schweigepflicht als damaliger Aufsichtsratsvorsitzender von Hypo Real Estate Holding AG durch den aktuellen Aufsichtsratsvorsitzenden befreit.

Falls Fragen formeller Art, prozessualer Art aufkommen sollten, stehe ich Herrn Viermetz bei.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich danke Ihnen, Herr Kempf, und mache Sie rein formal auch darauf aufmerksam, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, aber Ihrerseits jedoch kein Frage- oder Rederecht haben. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage auch keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen, der dann auch stattgegeben wird.

Folgende Belehrungshinweise muss ich Ihnen, Herr Viermetz, ferner aus formalen

Gründen erteilen: Das Beweisthema, der Beweisbeschluss sowie der Untersuchungsauftrag sind Ihnen übersandt worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein, das heißt, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, aber auch nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Es gibt auch eine strafrechtliche Sanktion: Im Falle eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht sieht § 153 StGB vor, dass in einem solchen Fall eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis fünf Jahren oder eine Geldstrafe verhängt werden kann.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes verweise ich ferner darauf, dass Sie die Auskunft auf alle Fragen verweigern können, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 StPO der Gefahr eines Strafverfahrens oder Ordnungswidrigkeitenverfahrens aussetzen würde.

Ferner verweise ich trotz der dankenswerterweise gegebenen Darstellung Ihres Rechtsbestandes darauf, dass, wenn Teile Ihrer Aussage Geschäfts-, Dienst- oder Privatgeheimnisse beinhalten sollten, ich darum bitte, dass Sie uns einen entsprechenden Hinweis erteilen, damit wir gegebenenfalls über die Fortsetzung Ihrer Befragung in nichtöffentlicher Sitzung beraten können.

Jetzt habe ich noch auf Folgendes hinzuweisen: Sie haben bei Ihrer gleich folgenden Aussage nach § 24 des Untersuchungsausschussgesetzes die Möglichkeit, entweder auf Fragen zuerst durch mich und dann durch meine Kollegen aus den Fraktionen zu antworten oder ein Statement abzugeben, in dem Sie aus Ihrer Sicht zu dem Beweisthema eine einführende Stellungnahme abgeben.

Das sind die Punkte. Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist nicht der Fall. Dann danke ich und frage Sie nach Ihrem vollen Namen und einer ladungsfähigen Anschrift.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Mein Name ist Kurt Viermetz. Ich wohne in München, 81675, in der Möhlstraße 17.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Viermetz. - Möchten

Sie ein Eingangsstatement abgeben oder auf Fragen antworten?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich möchte gerne ein Eingangsstatement abgeben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann erteile ich Ihnen das Wort. Bitte sehr.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen, dass Sie mir gestatten, ein Eingangsstatement hier abzugeben. Dieses Statement mache ich als ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Hypo Real Estate Holding AG. Bitte sehen Sie mir nach, dass ich bei vielen Dingen nicht unmittelbar selbst dabei war und mir deshalb auch nicht alle Details und genauen Abläufe bekannt sind. Dennoch möchte ich die Gelegenheit nutzen, einige wesentliche Fakten zur HRE aus meiner Sicht darzustellen.

Die HRE war eine grundsolide Bank ohne große Probleme mit giftigen Wertpapieren.

HRE ist ein grundsolides Unternehmen,

berichtete Reuters am 6. Oktober 2008 über ein Kommuniqué des Bundesministeriums der Finanzen.

„Die angeschlagene Münchner Hypo Real Estate ist nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums im Kern intakt“, sagte ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums. Das Problem sei allein der zusammengebrochene Interbankenmarkt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der HRE hätte das in diesem Moment nicht besser formulieren können.

Seit der Abspaltung von der Hypo Vereinsbank im Jahre 2003 war die HRE - entgegen ersten Erwartungen des Marktes und von Analysten - als Spezialist in der gewerblichen Immobilienfinanzierung ein erfolgreiches Unternehmen. Der Aktienkurs stieg von 11,25 Euro am ersten Börsentag - das war, glaube ich, der 3. Oktober 03 - auf über 50 Euro. Die HRE wurde ein Unternehmen des DAX-Index der Deutschen Börse AG in Frankfurt.

Im Sommer 2007 wurde die irische DEPFA Bank plc Dublin übernommen, damit die Gruppe ein zweites Standbein im risikoärmeren und antizyklischen Staatsfinanzierungsgeschäft aufbauen konnte. Das Rating

bei den drei großen Ratingagenturen verbesserte sich daraufhin, da die neue Gruppe über eine bessere Risikodiversifikation verfügte. Angekündigt wurde die Transaktion eine Woche vor dem sogenannten IKB-Desaster im Juli 2007. Vollzogen wurde sie Anfang Oktober 2007, als viele in den globalen Märkten dachten, die Finanzkrise sei bereits dabei, abzuebben. Sie kennen die Wellentheorie.

Selbst mit der Bekanntgabe von 390 Millionen Euro Abschreibungsbedarf auf strukturierte Wertpapiere am 15. Januar 2008 erwirtschaftete die Gruppe für das Jahr 2007 mit 862 Millionen Euro Vorsteuergewinn noch eine Eigenkapitalrendite von fast 10 Prozent nach Steuern.

Darüber hinaus sollte darauf hingewiesen werden, dass die HRE einerseits im Vergleich zu vielen anderen Bankengruppen ausgesprochen wenig US-CDO-Wertpapiere in ihrem Bestand hatte, die die große Finanzkrise, wie wir alle wissen, ausgelöst hatten, noch andererseits solche Papiere zu Zwecken der Renditeverbesserung am Markt hinzuerworben hatte. Sie kennen das Stichwort Gier. Es gab auch keine Bewertungsbeurteilungen, wie im Markt und in den Medien immer wieder spekuliert wurde. Die §-44-KWG-Prüfung der BaFin hat das belegt.

Auch in den ersten beiden Quartalen 2008 erzielte die Gruppe im Gegensatz zu vielen anderen Banken positive Ergebnisse. Gleichwohl orientierte das Unternehmen vor dem Hintergrund des wellenförmigen Verlaufs der Finanzkrise sein Neugeschäft an der schwierigen Marktsituation voraussehbarer konjunkturbedingter Kreditausfälle, vor allem in den Vereinigten Staaten als Prognose, und beschränkte sich, auch zur Verbesserung der Refinanzierungsstruktur, ausschließlich auf pfandbrief- und zentralbankfähiges Geschäft in der Immobilien- und Staatsfinanzierung.

Im April 2008 näherte sich die Flowers-Gruppe der HRE. Sie hatte Interesse an einer ungefähr 25-prozentigen Beteiligung. In den folgenden Wochen betrieb sie eine extensive Due Diligence der HRE-Gruppe. Nach Billigung durch die BaFin im Sinne der Aktienerwerber erwarb die Flowers-Gruppe Anfang Juli 2008 25 Prozent der HRE-Aktien am Markt. Dies war eine damals korrekte Bewertung des Unternehmens und gleichzeitig ein Beweis dafür, dass die HRE trotz der Wertberichtigungen ihres CDO-Bestands um, wie schon gesagt, 390 Millionen Euro im Ja-

nuar 2008 vom Markt als ein im Kern gesundes Unternehmen angesehen wurde.

Auch die nach Ankündigung des 390-Millionen-Euro-Abschreibungsbedarfs durchgeführte Sonderprüfung des Risikomanagements der HRE durch die BaFin vom 6. bzw. 27. Februar 2007 ergab keine schwerwiegenden F-4-Feststellungen. Selbstverständlich folgte das Management der Bank allen festgestellten Mängeln, also F 1, F 2, F 3, mit Verbesserungsvorschlägen und einem Projektteam, das auch den Abschlussprüfer einschloss, die KPMG, und in der bankinternen Berichterstattung zuerst im Detail den Prüfungs- und Finanzausschuss des Aufsichtsrates und dann in den größeren Zügen das Plenum beschäftigte. Außerdem traf sich der HRE-Vorstand mit dem BaFin-Vorstand Ende Juli, um über die einzuleitenden Maßnahmen zu berichten. Es wurde mir später berichtet, dass diese Informationen ohne wesentliche Kommentare vom BaFin entgegengenommen wurden.

Ich komme zur Insolvenz von Lehman Brothers. Die Situation änderte sich schlagartig nach dem von allen Marktteilnehmern vollkommen unerwarteten Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008. Auch nach Einschätzung des Bundesbankpräsidenten Axel Weber war das ein nicht vorhersehbares Ereignis. Weber sagte Ende November 2008 im *Handelsblatt*:

Die Risikomodelle, die wir

- sprich: die Bundesbank -

zur Verfügung hatten, bilden das, was seit der Lehman-Pleite passiert ist, nicht ab. Dieser Fall hat deutlich mehr Verwerfungen hervorgebracht, als es zu erwarten gewesen wäre.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, wurde Ende Oktober 2008 im *Spiegel* folgendermaßen zitiert:

Ich habe das meiste richtig gesehen. Nicht erwartet habe ich allerdings, dass man Lehman pleitegehen lässt. Das war nicht vorhersehbar, und das hat alles verändert.

Der größte Finanzcrash seit 1945 war da. Es kam zu panikartigen Reaktionen an den weltweiten Finanzmärkten. Der Interbankenhandel brach von einem Tag auf den anderen vollständig zusammen.

Vielleicht die genaueste Beschreibung der dramatischen Ausweitung der Krise als Folge der schwerwiegenden Fehleinschätzung der US-Behörden zu der Insolvenz von Lehman gelang im Jahresgutachten 2008/2009 des Sachverständigenrates auf Seite 122 des dritten Kapitels - das lege ich dann später als Anlage meinem Statement bei -, in dem eindeutig bestätigt wird, dass in der Folge der Lehman-Insolvenz die Kreditströme unter den Banken im Geld- und Kapitalmarkt zum Erliegen kamen und dass dies vor allem und zuerst Großhandelsbanken wie die HRE treffen musste.

Die sich dramatisch verschärfende Unsicherheit an allen Märkten in den ersten Stunden und Tagen nach Lehman führte im Vorstand der HRE mit Zustimmung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates zu der Entscheidung, den deutschen Aufsichtsbehörden am 17. und 18. September 2008 mitzuteilen, dass bei einem völligen Austrocknen der Marktliquidität einerseits die Refinanzierung der Gruppe für drei Wochen gewährleistet sei, andererseits auf die Aspekte potenzieller Systemrisiken für den Finanzplatz Deutschland - Pfandbriefe, Schuldscheine, Einlagensicherungsfonds - im Falle einer Illiquidität der HRE aufmerksam zu machen. Die Reaktion der Aufsichtsbehörden war positiv: Es war richtig, frühzeitig zu kommunizieren, wurde gesagt.

Meine eigene wachsende Sorge vor einer kriseninduzierten Illiquidität der Gruppe angesichts der geschilderten dramatischen Entwicklung der globalen Finanzmärkte wollte ich auch offiziell in einem Brief unter dem Datum des 23. September an den Herrn Bundesminister der Finanzen, also zu Beginn der zweiten Woche nach der Lehman-Insolvenz, zum Ausdruck bringen. Er beschreibt eindeutig die Systemrisiken für den Finanzplatz Deutschland. Ich lege ihn als Anlage 2 meinem Statement bei.

Der Anstieg des Liquiditätsbedarfs nach der ersten Rettungsaktion am 27./28. September 08 war kein Fehler der HRE, sondern scheint mir Folge der Kommunikation des Herrn Bundesministers der Finanzen und sich daraus ergebenden Kettenreaktionen zu sein.

Dem Vorstand wurde nach der Kontaktaufnahme zu den Aufsichtsbehörden bedeutet, sich an die größte deutsche private Bank, die Deutsche Bank, zu wenden. Die Deutsche Bank wurde am Dienstag der zweiten Woche, also am 23. September

2008, vom Vorstand um Prüfung einer Backup-Liquiditätslinie gegen marktübliche Sicherheiten gebeten. Herr Ackermann schlug eine Linie in Höhe von 15 Milliarden Euro vor, wurde mir vom Vorstandsvorsitzenden dann berichtet. An den folgenden beiden Tagen prüfte ein Team der Deutschen Bank unter der Leitung von Axel Wieandt, dem späteren neuen CEO der HRE, die angebotenen Sicherheiten sowie die Liquiditätssituation der HRE-Gruppe.

Das nächste Signal kam von den Aufsichtsbehörden, die den HRE-Vorstand für Freitag, den 26. September 2008, nach Frankfurt zur BaFin baten. Dort stellten die Mitarbeiter der HRE auf Nachfrage der Banken des Konsortiums alle Informationen zu Liquiditätsabläufen und zu den angebotenen Sicherheiten zur Verfügung. In der telefonischen Berichterstattung durch den Vorstandsvorsitzenden - ich saß ja in München - entstand bei mir allmählich der Eindruck, dass hier keine echten Verhandlungen geführt wurden. Der Kreis der Banken hatte offensichtlich große Schwierigkeiten, sich zu einigen. Der Bundesminister der Finanzen war nach meiner Kenntnis zu diesem Zeitpunkt noch nicht vertreten. Der Vorstand der HRE erhielt nur die Information, dass man über eine Durchfinanzierung für HRE für eine längere Periode nachdenke, war aber ansonsten in die Verhandlungen nicht eingebunden.

Aus Sicht der HRE kam erst am Sonntagabend - das war der 28. September - Bewegung in den Prozess. Herr Staatssekretär Asmussen, BMF, kam persönlich nach Frankfurt. Es kam zu hektischen Lösungsversuchen, die sich bis in die Nacht hinzogen. Um circa 1 Uhr am Morgen des 29. September 2008 wurde uns mitgeteilt, dass mithilfe der Bundeskanzlerin eine Paketlösung aus staatlichen Bürgschaften und besicherten Liquiditätszusagen des deutschen Finanzdienstleistungsgewerbes in Höhe von 35 Milliarden Euro gefunden wurde, die ausreichend sei.

Es sei hier erwähnt, dass im Gegensatz zu dieser äußerst komplizierten deutschen Lösung sich der französische Staatspräsident schon vorher in einer Rede in Toulon ganz generell vor die französischen Banken gestellt hatte. Der größte Wettbewerber der DEPFA, die französisch-belgische Dexia, wurde nur einen Tag später durch eine 6,4-Milliarden-Euro-Kapitalspritze der französischen und der belgischen Regierung ge-

rettet. Noch am selben Wochenende war Belgiens große Fortis-Bank, eine Filialbank, Gegenstand einer 49-prozentigen Beteiligung durch die Länder Luxemburg, Belgien und die Niederlande. Im England wurde die Hypothekenbank Bradford & Bingley verstaatlicht. In Irland sprach die Zentralbank zwei Tage später eine Garantie für alle irischen Banken aus.

In den folgenden Tagen, wie wir alle wissen, eskalierte die Situation an den globalen Finanzmärkten weiter. Es drohte nach Meinung vieler Beobachter ein Zusammenbruch des kompletten globalen Finanzsystems. In diesem Kontext berichteten Nachrichtenagenturen am Montag, dem 29. September 2008, auf einmal, dass der Bundesminister der Finanzen im Zusammenhang mit dem Rettungspaket der HRE im Parlament oder in Parlamentsausschüssen von einer „geordneten Abwicklung“ der HRE gesprochen habe. Die HRE brachte in einem anwaltlichen Schreiben vom 30. September 2008 ihre Überraschung und Irritation darüber zum Ausdruck, da ja die HRE unter dem Eindruck stand, dass der Sinn des gerade geschnürten Pakets die Erhaltung des Going Concern der Gesellschaft sei.

Am Nachmittag des 29. September 2008 gab Standard & Poor's als einzige Ratingagentur bekannt, das Kurzfrustrating der HRE-Gruppe zu senken. Dies war vollkommen überraschend, da normalerweise eine sogenannte Review und Erörterung der Sachlage einer solch drastischen Entscheidung vorangeht, und besonders, nachdem die Liquiditätsfazilität bekanntgegeben worden war. Dem zuständigen Mitarbeiter der HRE wurde dies mit den Äußerungen des Finanzministers begründet. Standard & Poor's war zu dem Ergebnis gekommen, die Gruppe sei kein Going Concern und die Ratingagentur müsse deshalb mit voller Kraft reagieren. So wurde mir später berichtet.

Diese Umstände verschlechterten die Refinanzierungssituation der HRE unerwartet: Abwicklung des Zahlungsverkehrs nur gegen Vorkasse - Safe Payment nennt sich das im Angelsächsischen -, Forderungen neuer, zusätzlicher Sicherheiten von Gegenparteien im Markt, verweigerte Verlängerungen von mit Staatsanleihen besicherten Finanzierungen, Ausübung von Put-Optionen führten zu dramatischen zusätzlichen Refinanzierungsbedürfnissen. Viele Geschäftspartner waren aufgrund ihrer internen Investmentregeln

nach dem Downgrade sogar gezwungen, ihre Gelder von der DEPFA zurückzuholen.

Das BMF korrigierte zwar die Aussage vom Bundesminister der Finanzen, Herrn Steinbrück, die Aussagen blieben aber in der Welt. Gleichzeitig kam das Gerücht auf, die HRE habe am ersten Rettungswochenende falsche Zahlen geliefert.

Aufgrund des Wegfallens der Geschäftsgrundlage für den Going Concern musste das Rettungspaket am nächsten Wochenende von 35 Milliarden auf 50 Milliarden aufgestockt werden. In der Öffentlichkeit wurde die Verantwortung für diesen sprunghaften Anstieg benötigter Liquidität dem Vorstand der HRE angelastet. Dazu ist zu sagen, dass HRE einerseits vollkommen im Unklaren bezüglich der von den Aufsichtsbehörden und den beteiligten Banken diskutierten Lösung gelassen worden war, andererseits das HRE-Management eine ganze Reihe neuer Initiativen entwickelt hatte, um durch außergewöhnliche Maßnahmen, wie zum Beispiel die Reduktion von überbesicherten Assets, den Finanzbedarf wieder nach unten zu korrigieren. Insgesamt wurde jedoch deutlich, dass die den Liquiditätsprojektionen zu Beginn der Krise zugrundeliegenden Annahmen nicht mehr zu halten waren.

Der Aufsichtsrat beauftragte die bereits mit HRE und der Deutschen Bank Treasury zusammenarbeitende Spezialfirma Oliver Wyman zum Thema eines Masterliquiditätsplans, die Ursachen des gestiegenen Liquiditätsbedarfs zu klären. Das war am 7. Oktober. In der Presse, zum Beispiel in der *Welt*, konnte man inzwischen lesen:

„Wer tagelang von geordneter Abwicklung spricht, darf sich nicht wundern, dass man am Ende noch mal ein Rettungspaket schnüren muss“, betonte auch ein Sparkassen-Funktionär.

In der Aufsichtsratssitzung nach dem ersten und dem zweiten „Rettungspaket“ unterrichtete der Aufsichtsratsvorsitzende das Gremium, dass BMF, BaFin und das Bankenkonsortium personelle Konsequenzen im Vorstand verlangten. Das führte zum Widerruf der Bestellung des Vorstandsmitglieds Heide-Ottosen und am 7. Oktober dazu, dass der Vorstandsvorsitzende Georg Funke von seinen Verpflichtungen entbunden wurde, um aufgrund der Anschuldigungen für den Aufsichtsrat zu untersuchen, ob der CEO die Pflichten der Berichterstattung und der In-

formation des Aufsichtsratsvorsitzenden während der Krisenwochen korrekt ausgeführt hatte.

In der folgenden Aufsichtsratssitzung vom 10. Oktober unterrichtete der Vorsitzende seine Kollegen im Aufsichtsrat, dass er aufgrund des massiven Drucks des Herrn Bundesfinanzministers - immer nur durch die Medien kommuniziert -, sich entschieden hatte, sowohl den Vorsitz im Aufsichtsrat als auch die Mitgliedschaft im Gremium aufzugeben, da inzwischen sowohl die Liquiditätsfazilität zugunsten der HRE stand, für Herrn Funke ein Nachfolger im Amt des Vorstandsvorsitzenden gefunden worden war, ein dem Bankenkonsortium angenehmer Nachfolger für Herrn Heide-Ottosen bereits installiert war und in der Absprache mit dem Bankenkonsortium ein Banker in der Nachfolge meiner Führungsrolle ins Auge gefasst werden konnte.

Zusammengefasst sei zum Schluss nochmals festgestellt:

Es ging in der großen Finanzkrise darum, ein Liquiditätsproblem bei HRE zu lösen, also nach dem Zusammenbruch von Lehman den Kreislauf der Zirkulation der Bankengelder, national wie international, wieder zu starten, HRE als erstes Opfer der Lehman-Insolvenz in Deutschland zu helfen, fällige Passiva-Gelder zu ersetzen. Es ging also nicht darum, Unternehmensverluste durch den Staat, wie in so vielen anderen Fällen, aufzufangen. Das konnte in dieser Situation ohne jeglichen Präzedenzfall nur der Staat tun, wie es dann in allen Erklärungen der Bundesregierung zur Unterstützung der deutschen Bankenindustrie zur Vermeidung jeglicher großer Systemrisiken ja auch artikuliert wurde.

HRE war also keine marode Bank, die massive Verschlechterung ihrer Aktiva zu verzeichnen gehabt hätte und damit vor einer existenziellen Insolvenz gestanden wäre. Wie Aufsichtsbehörden, Rating Agencies, der Markt, selbstverständlich auch die ausgesuchten Geldgeber und Partner DEPFAs in den internationalen Märkten wussten, wurden in den Aktiva der DEPFA zum allergrößten Teil Public-Sector-Finanzierungen verbucht, also Kreditvergaben im öffentlich-rechtlichen Sektor in Europa für Infrastrukturvorhaben wie Autobahnbauten, Krankenhäuser, Müllverbrennungsanlagen etc. vorgenommen.

Auch die sogenannte Fristentransformation, übrigens innerhalb konservativer Nor-

men ein klassisches Bankgeschäft, war seit Jahren auf unveränderter Basis von circa 20 Prozent der gesamten DEPFA-Aktiva auf ungesicherter Basis arrangiert worden. 50 Prozent der Aktiva waren immer langfristig finanziert, sodass - nebenbei auch noch bemerkt - von keiner Seite, das heißt weder von den Aufsichtsbehörden noch von den Rating Agencies, dazu irgendwelche kritischen Bemerkungen gemacht worden waren und selbstverständlich auch jegliche aufsichtsbehördlichen Liquiditätskriterien von HRE - ich denke da zum Beispiel an Grundsatz 2 - immer erfüllt worden waren. Es hat mich gefreut, dass das HRE-Management in den Untersuchungen Lob für seine Auskunftsfreudigkeit und Kooperationsbereitschaft gegenüber BaFin und der Bundesbank erhalten hat.

Insofern konnte man mit einigem guten Willen davon ausgehen, dass jegliche Hilfestellung des Staates, sei es in Form von Garantien, Einlagen oder einer Kapital-spritze, nach Beendigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ohne Verlust für den deutschen Steuerzahler zurückgegeben werden wird.

Klar ist auch, dass nach dem von Lehman ausgelösten weltweiten Crash ein Geschäftsmodell wie das der HRE, nämlich Finanzierung der Bilanz-Aktiva nur durch institutionelle Gelder - Schuldscheine, Pfandbriefe, Termingelder großer Partner im internationalen Geldmarkt - einer sorgfältigen Revision unterzogen werden muss.

Insofern ist auch der Konzernabschluss 2008 keine Bestätigung von Missmanagement, sondern ist Signal, dass vor allem die Entscheidung, Geschäftsfelder bei der DEPFA einzustellen, nämlich die Infrastrukturfinanzierung, automatisch zu größeren Abschreibungen, nämlich des Goodwills, führen musste und der operative Verlust, nämlich in akzeptablen Grenzen, im Vergleich zu vielen anderen Banken vor allem die gestiegenen Refinanzierungskosten reflektiert. Nebenbei: Das ist auch gleichzeitig eine gute Zins- und Provisionseinnahme für den Staat, wie wir wissen.

Ich stimme also dem Nachfolger von Herrn Funke zu: „Die mittelfristige strategische Perspektive sehen wir positiv.“ Ich hoffe persönlich auch für den Finanzplatz Deutschland, dass die doch etwas langsam und auch kontrovers erarbeiteten Erfahrungen im Umgang mit der großen Krise zu substantziellen Verbesserungen im Planning

jeglicher Behandlung zukünftiger Krisen führen werden.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich danke Ihnen, Herr Viermetz, für Ihre umfangreiche Darstellung. - Wir hatten gestern Herrn Funke hier als Zeugen zu Gast. Ich darf sagen, da es in öffentlicher Sitzung geschah, dass Herr Funke sich in umfassender Weise auf ein Auskunftsverweigerungsrecht berufen hat und unter Hinweis auf Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft München keine Angaben gemacht hat. Damit ich weiß, wie wir mit den Fragen, die wir jetzt an Sie zu richten haben, umgehen können oder müssen: Sind auch Sie von diesem Ermittlungsverfahren betroffen, bzw. wissen Sie von anderen Strafverfahren oder Zivilverfahren, von denen Sie betroffen sein könnten in diesem Zusammenhang HRE?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich bin betroffen, würde aber sagen, als Aufsichtsratsvorsitzender natürlich in einer anderen Position als der Vorstandsvorsitzende.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Okay. Aber Sie sind betroffen. Gut, dann weiß ich Bescheid. - Ist Ihnen bekannt, ob Straf- oder Zivilverfahren gegen Wirtschaftsprüfer der HRE laufen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nein, da ist mir nichts bekannt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Okay. - Ist Ihnen bekannt, ob Straf- oder Zivilverfahren gegen die Bankenaufsicht laufen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nicht, dass ich wüsste.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Gut. Das waren die formalen Fragen. Dann haben wir das jetzt abgeklärt.

Jetzt beziehe ich mich einmal auf das, was sich nicht wie ein roter Faden, aber doch wie ein kleiner Faden durch zwei Vernehmungen gezogen hat, nämlich die Situation der HRE bei der Gründung. Wir haben gelegentlich den Vorwurf gehört, den Sie auch bestimmt aus den Medien kennen, die HRE sei bereits bei ihrer Gründung eine Bad Bank gewesen, ausgerüstet nur mit Schrottimmobilien.

Weiter wird gesagt, die HRE habe auch ein Geschäft mit Privatanlegern übernommen aus Haustürgeschäften der HVB. Ist Ihnen etwas davon bekannt? Wenn ja: In welchem Umfang sind derartige Engagements, derartige Verträge in die abgespaltene HRE mit übergegangen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Herr Vorsitzender, ich darf als Erstes sagen, dass ich ja, wie Sie aus meinem Curriculum Vitae wissen, Aufsichtsratsvorsitzender der Hypo Vereinsbank war in schwierigen Zeiten, von der Mitte 1999 bis 2002, und mich dann zurücknahm als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender - das hat mit den Entwicklungen bei der HVB zu tun -, sodass ich natürlich auch im Allgemeinen über die Idee, einen Spin-off zu machen, informiert war.

Ich kann Ihnen sagen aus meiner Erinnerung, dass für den Spin-off, der natürlich von dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der HVB bereits mit Herrn Funke als ausgewähltem Manager, der, wenn es dazu kommen sollte, den Spin-off zu verwirklichen, die HRE zu führen hatte, ausgehandelt worden war, ein Paket herausgearbeitet worden ist, das sowohl auf der Aktiva wie auf der Passiva sehr ausgeklügelt, sehr ausbalanciert war zwischen Kapital, Fremdgeldern auf der Passiva und der Aktiva.

Das Einzige, was ich dazu sagen kann, ist das, dass selbstverständlich in dieser ausbalancierten Übertragung von Aktiva - ich glaube, es waren 160 Milliarden - von der HVB auf die zu gründende HRE eine sehr ausgeklügelte Balance zwischen sehr guten Krediten und Krediten mäßiger Bewertung stattgefunden hatte. Das heißt, wenn Sie diese Kriterien von 1 bis 20 nehmen, wie das heute die meisten Banken tun, dann waren darunter auch welche mit 2, 3, 5 - da bin ich mir ziemlich sicher -, aber es waren darunter auch solche mit 15, 16 und 17. Ich glaube nicht, 18, 19, die also schon wirklich abschreibungsbedürftig waren, aber eben solche, die risikoreich waren. Das kann ich insofern bestätigen, weil Herr Funke als Vorstandsvorsitzender der HRE - ich glaube, es war zwei Jahre später, im Jahr 2005 - 5 Milliarden Euro an Kreditportefeuille schwacher Kredite aus dem Buch der HRE an Lone Star, eine texanische Spezialgesellschaft, verkauft hat mit ausdrücklich schwachen Kreditnoten.

Aber, nachdem ich das gesagt habe, würde ich sagen, dass diese Gerüchte, die

darauf abzielten, dass die Bank nur gegründet worden ist, um eine Bad Bank daraus zu machen und aus der HVB nur schlechte Kredite abzuwälzen, nicht stimmen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Jetzt noch mal zum gewerblichen Immobiliengeschäft. Die HVB hat ihr gewerbliches Immobiliengeschäft - Sie sagten es eben, glaube ich, auch in einem Nebensatz - auf die HRE übertragen.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt haben wir auf der anderen Seite - ich komme gleich noch dazu, aber gleichwohl diese Frage schon jetzt - die DEPFA Dublin plc, den Staatsfinanzierer. Inwieweit hat dieser für die Schieflage der HRE verantwortliche Staatsfinanzierer DEPFA Dublin plc etwas mit den abgespaltenen Immobilien zu tun? Oder hatte er was damit zu tun? Gibt es eine Korrelation zwischen der Übertragung des gewerblichen Immobiliengeschäfts auf die HRE und der dann folgenden Schieflage im Jahre 2007/2008?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nichts.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Da gibt es nichts. - Ferner hat die HVB der HRE - das ist gestern auch in öffentlicher Sitzung noch einmal kurz angesprochen worden - einen Schutzschirm in Höhe von 590 Millionen Euro gewährt. Hat dieser Schutzschirm für die Abwicklung der Immobilienrisiken ausgereicht, oder war er unterdimensioniert? Was können Sie dazu sagen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das, was ich aus der Erinnerung dazu sagen kann, ist, dass es ein Bestandteil dieses sehr ausgeklügelten Vertrages war, des Spin-offs, des Transfers von der HVB zur HRE. Man muss diese Fazilität so interpretieren, dass hier ja nun eine komplett neue Bank gegründet wurde, die erst mal im Markt angenommen werden musste, und dass es schon mal aus konservativen Sicherheitsgründen sehr notwendig war, so eine Stand-by-Linie zu haben. Ob sie jetzt benutzt worden ist oder nicht, daran kann ich mich nicht erinnern. Aber auf jeden Fall war das ein Bestandteil der ganzen Konditionen und so zu betrachten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Können Sie etwas dazu sagen, wie sich das Immobiliengeschäft der HRE nach der Abspaltung insgesamt entwickelt hat?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich würde sagen: Das, was der Markt im Sinne der Aktienentwicklung gesagt hat, ist auch Referenz auf das echte Geschäft. Die HRE hat sich, sehr zur Überraschung vieler im Markt, sehr schnell entwickelt, erstens als der große Konkurrent zur Eurohyp, die ja so ein ähnliches Geschäftsmuster und Geschäftsmodell hatte, zum Zweiten hat sie sich eine Reputation erarbeitet als eine Bank, die zielstrebig, schnell, kompetent Entscheidungen traf und die eben Praktika in die internationalen Märkte, vor allem in die angelsächsischen Märkte, auch in den deutschen Markt oder in andere Märkte, siehe Japan, mit hineintrug. Das heißt netto unter dem Strich: HRE hat sich im gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft sehr gut entwickelt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Also noch mal: Mit den Problemen der DEPFA Dublin hat das Immobiliengeschäft der HRE nichts zu tun?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nichts zu tun.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann zur Übernahme der DEPFA. Wie kam es eigentlich zu dem Angebot zur Übernahme der DEPFA Dublin Anfang 2007? Können Sie etwas dazu sagen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja. Vielleicht, Herr Vorsitzender, darf ich so beginnen - die Zeit geht ja sehr schnell vorbei -: Bedingt durch die Entwicklung der Aktien der HRE bis rauf in die 50er-Euros wurde HRE bereits als Übernahmekandidat gehandelt. Ob zu Recht oder nicht, das lasse ich mal auf der Seite. Jedenfalls flüsterten uns die Investmentbanker aus London, die da immer einflogen, zu, dass diese oder jene große Bank Interesse haben könnte, sich HRE einzuverleiben, um ihrerseits Diversifikation im Geschäft voranzutreiben. - Das ist Nummer 1.

Nummer 2: Ich darf auch hier aussagen, jetzt aus meiner Erinnerung, dass der Vorstand gegen Ende 2006 zum ersten Mal debattierte, wo eigentlich die Grenze dessen sein sollte, was man im Commercial Real Estate Financing als Länderrisiken oder

konjunkturelle Risiken in den Büchern haben sollte. Um ein Beispiel zu nennen: In Sachen Rechtssicherheit, Marktliquidität usw. ist der US-Markt unerreichbar. Insofern hätte man sagen sollen - jetzt nehme ich nur mal eine Zahl an -: Wir haben 20 Milliarden Euro an Engagements in den Vereinigten Staaten. Warum machen wir nicht 100 Milliarden daraus? - Nicht über Nacht, sondern in fünf Jahren. Nein, war die Antwort des Vorstands. Selbst das beste Land der Erde gerät in Konjunkturzyklen, die uns zu Abschreibungsnotwendigkeiten zwingen werden, und aus diesen Gründen - bei anderen Ländern natürlich auch politische Risiken und wirtschaftliche Risiken - wollen wir da nicht über gewisse Grenzen hinausgehen. - Heißt, dass man, wenn das Institut nicht übernommen werden sollte - jetzt komme ich auf meine erste Bemerkung wieder zurück -, einen Ausgleich zum kommerziellen Immobilienfinanzierungsgeschäft suchen sollte.

Hier ergab sich - wir hatten eine Investmentbank als Berater, die mit einigen Ideen kam; aber das war alles nicht sehr realistisch, es war ja der Boom, und insofern für eine neue Bank wie für die unsrige nicht zu erreichen -, dass uns die DEPFA präsentiert wurde. DEPFA war schon mal in diesen ersten Überlegungen, wie wir weiter vorangehen sollten, gegen Ende 06 erwähnt worden. Daraus ist nichts geworden. Da waren auch keine Gespräche. Aber im Frühjahr 07 - ich weiß es jetzt nicht mehr ganz genau, wann das war - wurden dann die Gespräche aufgenommen zwischen Herrn Funke und Herrn Bruckermann, um auszuloten, ob die DEPFA einen geeigneten Kandidaten für eine Übernahme oder für eine Fusion darstellte. Selbstverständlich hatte die DEPFA ihre Berater, selbstverständlich hatte Herr Funke eine Investmentbank als Berater. Wir hatten die KPMG, die Due Diligence machte, und wir hatten unser eigenes Team, das Due Diligence machte.

So kamen wir langsam, aber sicher zu dieser Entscheidung in den - glaube ich - ersten zwei Juliwochen, diese Transaktion zu machen. Ich darf Ihnen meinerseits sagen - deswegen habe ich das auch in meiner Erklärung erwähnt -: Wenn die Geschichte nach IKB gekommen wäre, dann hätte ich persönlich die Sache wahrscheinlich schon ein bisschen anders angeguckt. Aber wie das eben so im Leben ist: Die Präsentation wurde gemacht. Die Transaktion wurde vor dem IKB-Desaster juristisch abgeschlossen.

Wobei ich noch eine Bemerkung machen möchte: Ich weiß aus den Medienanalysen, dass der HRE vorgeworfen wurde, zu viel bezahlt zu haben. Ich möchte darauf hinweisen, dass der größte Teil der Bezahlung in den ziemlich gut bewerteten HRE-Aktien stattgefunden hat, sodass sich das also neutralisiert hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann noch mal eine Frage: Aus welchen Gründen - haben Sie sich das gefragt? - ist denn überhaupt die DEPFA nach Irland gezogen? Hat das bei den Gründen eine Rolle gespielt? Ansonsten wäre meine Frage gewesen - das sage ich auch ganz offen, aber Sie haben sie schon beantwortet -, ob nicht angesichts des stringenter bzw. enger werdenden Marktumfeldes ab August diese Überlegungen, die DEPFA zu erwerben, hätten rückgängig gemacht werden können. Aber das haben Sie ja verneint, weil Sie gesagt haben: Das war alles vor IKB schon in trockenen Tüchern.

Aber noch mal. Hat man sich überlegt: Warum geht denn jemand nach Irland?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Darf ich da zuerst indirekt eine Antwort geben?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bitte.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Auch Hypo Real Estate Holding begann das internationale Geschäft in Dublin. Einige der Zeitungen haben das sofort so interpretiert: aus steuerlichen Gründen oder regulatorischen Gründen. - Ich darf Ihnen sagen, der Grund war ganz lapidar - bei HRE weiß ich es -: Wir hatten eine Banklizenz in Dublin, sodass wir von einem Tag auf den anderen sofort arbeiten konnten, während wir das aus Deutschland heraus in dem Moment nicht machen konnten. Ich gehe sogar weiter. Ich möchte darauf hinweisen, dass unser Vorstand - ich glaube, es war im Jahre 07 - die Entscheidung traf, den größten Teil des Geschäftes, nämlich die internationale Immobilienfinanzierung, von Dublin nach Stuttgart in die andere Tochter, die wir hatten, zu verlagern, weil Dublin schon einige Malusse hatte, vor allem logistischer Art.

Ich sage all das, um sozusagen eine Indikation zu geben, warum Herr Bruckermann damals nach Dublin ging. Ich selbst habe ihm diese Frage nicht gestellt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Also, dass da unterschiedliche Aufsichtsmaßstäbe eine Rolle gespielt haben könnten zwischen deutscher und irischer Aufsicht, ist nicht zur Sprache gekommen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das war Faktum, als wir die DEPFA betrachteten, zwischen den deutschen Aufsichtsbehörden und den irischen. Aber ich gehe davon aus und weiß das für die DEPFA, soweit sie unter unserer Verpflichtung und Verantwortung stand, dass sie selbstverständlich alle aufsichtsrechtlichen Konditionen in Irland erfüllt hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Das habe ich verstanden. - Aber heißt die Aussage „Das war Faktum“, dass Ihnen bekannt war, dass die irische Aufsicht bezüglich der Strenge der Maßstäbe möglicherweise eine andere Messlatte anlegt als die deutsche Aufsicht? Als Beweggrund, nicht von Ihnen, sondern ursprünglich. Die DEPFA haben Sie ja in Irland erworben. Sie sind ja nach Irland gegangen. Ist das mal zur Sprache gekommen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass das in der Due Dilligence von den drei uns unterstützenden Parteien, KPMG einerseits, Morgan Stanley Investmentbank andererseits oder unserem eigenen Team, erörtert worden ist. Aber nachdem es in den Überlegungen, zumindest aus dem Aufsichtsrat betrachtet, keine besondere Rolle spielte, keine Motivation irgendwelcher Art war, ist das in dieser Stufe - Berichterstattung Vorstand an den Aufsichtsrat - nicht Gegenstand irgendeiner Debatte gewesen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Jetzt noch einmal zum Jahre 2008. Sie sprachen selbst von sich aus die Situation der Lehman-Insolvenz an. Wie hätte die weitere Ertragslage der DEPFA Dublin ohne eine Lehman-Insolvenz ausgesehen? Sie haben es eben ganz kurz einmal in einem Halbsatz angesprochen. Könnten Sie dazu noch etwas Näheres sagen, Ihrer Ansicht nach?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja nun, als Erstes, Herr Vorsitzender, darf ich bestätigen, dass wir selbstverständlich, seitdem

DEPFA in die Bücher der HRE integriert war, in den Aufsichtsratssitzungen Erklärungen, Analysen, Präsentationen zum Liquiditätsmanagement der DEPFA erhielten. Ich darf auch dazufügen, weil das ja Anlass von Kritik war, selbst aus den Bankenreihen, warum wir das von der HRE-Immobilienfinanzierung getrennt hatten. Die Antwort ist: Die DEPFA hatte ein besseres Rating als die HRE, und die Rating Agencies bestanden aufgrund dieser Tatsache darauf, dass das separat geführt werden sollte. Das wurde allerdings natürlich intern durch den sogenannten ALCO-Ausschuss konsolidiert.

Ihre Frage galt nun der Theorie, wie sich, wenn Lehman nicht gewesen wäre, DEPFA weiter refinanziert hätte. Meine Antwort dazu ist ziemlich klar: Selbst nach Beginn von Lehman wurden DEPFA weiterhin Finanzierungen in Milliardenhöhe angeboten. Es waren nur kurzfristige Finanzierungen, mit denen wir nichts anfangen konnten, aber aus der Sicht der Geldgeber, angesichts der ganzen Panik, weiterhin eine Demonstration der Verbindung zur DEPFA.

Wenn also diese Panik und dieser Finanzcrash nicht gewesen wären, hätte sich die DEPFA genauso wie in den vergangenen drei, vier, fünf Jahren - - Denn unsere Liquiditätsposition, die uns gezeigt wurde, die verglich in den großen Maßstäben: Was ist langfristig finanziert? Was ist unbesichert kurzfristig finanziert? Darum ging ja die ganze Sache. Das ging im Vergleich zurück, drei oder vier Jahre glaube ich, und bestätigte, dass die Finanzierungstaktik und -strategie der DEPFA unverändert geblieben war. Also gehe ich davon aus, dass sich das fortgesetzt hätte, mit der Ausnahme: Wenn HRE DEPFA einem großen Reputationsverlust erlegen wäre, dann wären diese ganzen Verbindungen natürlich einer Korrektur unterlegen. Aber das war ja nicht der Fall gewesen.

Ich darf auch darauf hinweisen, Herr Vorsitzender, dass in diesem Bereich der unbesicherten Gelder, die ja Gegenstand dieser ganzen Diskussion sind über Liquiditätstransformation und Liquiditätsrisiko, eine sehr selektive Gruppe von Geschäftspartnern der DEPFA war. Das brachte die DEPFA mit. Das war aus meiner Sicht eines der Talente von Herrn Bruckermann gewesen, diese ganzen Zentralbanken, Spezialbanken, Förderbanken, Pensionskassen von Macao über Hongkong, über Korea, über Japan, über Neuseeland, Südamerika, Nordamerika und

Europa so mit der Bank zu verbinden, dass also viele dieser Gelder immer wieder prolongiert wurden und den Investoren oder den Anlegern sozusagen das Gefühl gegeben worden war: Okay, hier ist HRE, oder hier ist die DEPFA. Sie ist Intermediary, sie ist Vermittler. Wir wissen ja, was auf der anderen Seite steht, nämlich Public-Finance-Aktiva.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Danke sehr. - Jetzt wissen wir ja alle, dass die Deutsche Bundesbank Anfang des Jahres 2008 auch die DEPFA plc im Rahmen der Prüfung der Hypo Real Estate insgesamt untersucht hat und dass es da eine doch nicht unbeträchtliche Zahl von Beanstandungen gegeben hat. Was hat der Vorstand Ihres Wissens nach getan, um diese Beanstandungen der Bankenaufsicht da nun zu erfüllen? Frage: Haben diese Mängel etwas mit der Schieflage der DEPFA plc bzw. dann der Hypo Real Estate Holding ab dem 15.09. zu tun?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Um mit dem letzten Teil Ihrer Frage zu beginnen, Herr Vorsitzender: Nein, hat damit nichts zu tun aus meiner Sicht, weil nach Lehman einfach schlagartig die Refinanzierungsquellen institutioneller Art, auf die sich die DEPFA verlassen hatte, genauso wie die, die ich erwähnt hatte, im Umland, in Europa, hier nicht mehr da waren zur Unterstützung der DEPFA.

Ihre Frage galt dem 44er-Bericht, der eine Reaktion der BaFin war - ich glaube, das sollte man vielleicht vorwegschicken - auf die Kalamität, so würde ich mal sagen, der Veröffentlichung der Jahreszahlen 2007 am 15. Januar 2008. Das geschah unglücklicherweise an dem Tag, an dem auch die Citibank ihre Riesenverlustzahlen bekanntgab, sodass also der Markt nicht nur wegen uns, sondern eben auch wegen Citi und anderer in absolut große Unruhe geriet. Diese Zahl war vorher dem Markt und den Aktionären nicht suggeriert worden, obwohl das in der Prozentsatzzahl durchaus gerechtfertigt war und das prozentsatzmäßig zum Teil sogar mehr war, als andere Banken gemacht hatten. Das führte zu Abschreibungen für diese CDO-Wertpapier-Portefeuilles, sodass sich aufgrund dieses Schocks der Aktienkurs der HRE vom 15. auf den nächsten Tag von 33,32 auf 23,22 verringerte. Das war damals natürlich ein Riesenkursverlust. Aus der heutigen Sicht können Sie alle möglichen illust-

ren, führenden Banken der Erde nehmen, die wesentlich größere Verluste zu verzeichnen hatten.

Aber in dem Moment war das ein Riesenverlust, und - ich kann das absolut nachvollziehen - eine ganze Reihe von Aktionären hatte sofort Klage eingereicht bei der Staatsanwaltschaft München wegen keiner adäquaten Ad-hoc-Mitteilung, keiner adäquaten Informationsweitergabe etc. BaFin - aus meiner Sicht sehr zu Recht - hat sich daraufhin nach zwei Wochen, wie ich glaube, entschieden, die Anklagen im Markt, in den Medien und von den Aktionären, dass die Bewertungsprinzipien der HRE bzw. auch die Qualität der Aktiva nicht gestimmt hätten - sie hätten früher abschreiben sollen, war eine dieser Thesen etc. -, zu untersuchen.

Die Bundesbank wurde beauftragt - Sie kennen diese Verbindung Bundesbank/BaFin -, das zu tun, hatte ein Team in der HRE - ich glaube, etwas mehr als zwei Monate - und wurde von zehn der besten Manager unter dem Vorstand unterstützt, um hier zu helfen, einen korrekten, absolut der Wirklichkeit entsprechenden Bericht zu produzieren. Der Bericht ist, glaube ich - ich habe ihn hier mit dabei -, am 24. Juni erstellt worden, herausgegeben worden und ist - das kann ich Ihnen versichern, Herr Vorsitzender - mit absoluter Aufmerksamkeit in der Bank verarbeitet worden, gelesen worden, analysiert worden, selbstverständlich vom Vorstand sowieso, dann in Berichten des Vorstandes an den Prüfungs- und Auditausschuss, dann selbstverständlich in den Kommentierungen der Wirtschaftsprüfer an den Audit- und Prüfungsausschuss und dann zum Schluss selbstverständlich in einer Zusammenfassung für das Plenum des Aufsichtsrates.

Ich habe in meiner Eingangserklärung erwähnt - auch mir erschien das eine sehr wichtige Information -, dass der Vorstand die aufgetretenen beschriebenen Mängel - - Ich möchte dazu sagen, dass es keine F-4-Mängel gegeben hatte, wo man wirklich sofort sagt: Um Gottes Willen, was ist hier los? Was ist hier schief gelaufen? Was muss hier sofort repariert werden? - Es waren alles F 1, F 2, F 3. Ich will das hier jetzt nun nicht einfach verniedlichen, ganz und gar nicht. Jede dieser Schwächen - so wurde mir berichtet; so weiß ich es aus dem Ausschuss; so ist es dem Aufsichtsrat vorgetragen worden - wurde von einem Projektteam bearbeitet, und der Vorstand ging zu BaFin - ich glaube,

es war in den letzten Julitagen; er hat mir dann auch berichtet über das Treffen -, um im Einzelnen BaFin vorzutragen, was alles gemacht werden würde, um die berechtigte Kritik hier zu eliminieren.

Ich weiß, weil ich verschiedentlich zu meiner Überraschung gelesen habe, dass BaFin hier große Bedenken kommuniziert hätte, aus der Berichterstattung des Vorstandes, dass in dieser Sitzung zumindest keine - - Das wurde von BaFin abnickend - ich würde mal sagen: wohlwollend - zur Kenntnis genommen. Ich kann Ihnen versichern, dass die Korrekturen auf dem Wege waren.

Wenn ich mir den 44er-Bericht ansehe - wenn ich das auch noch sagen darf -: Ein Großteil dieser Beschreibung galt der IT und galt der Tatsache, dass die IT DEPFA und die IT Immobilienfinanzierung HRE nicht fusioniert waren, nicht konsolidiert waren. Jetzt darf ich natürlich daran erinnern, dass juristisch die Integration ja erst in den ersten Oktobertagen 2007 stattgefunden hatte, so dass man, glaube ich, nicht davon ausgehen konnte, dass so eine Konsolidierung schon hätte exekutiert werden können. Dass daraus selbstverständlich Schwächen entstehen, nämlich dass beide IT-Systeme zuerst mal ihre eigenen Zahlen produzieren, die dann konsolidiert werden müssen, und das selbstverständlich nicht die beste der schnellen Informationsweitergabe und der Transparenz in der heutigen Zeit ist, ist klar.

Aber ich darf auch zu bedenken geben: Aus der Sicht des Aufsichtsrats war ja der 44er-Bericht eine Reaktion auf die Kritik an HRE zu diesen Abschreibungen und zu den Bewertungskriterien. Das war ja nun allgemein die große Debatte, die Verunsicherung in den nationalen und internationalen Märkten. Wir nahmen mit Erleichterung zur Kenntnis, dass der 44er-Bericht gerade zu diesen zwei sehr wichtigen Themen entweder nicht Stellung nahm oder positiv Stellung nahm und, soweit ich mich erinnere, zu den unter „Risikomanagement“ eingegliederten Aspekten wie Liquiditätsmanagement einige Schwächen aufwies, nämlich auf der HRE-Seite die nicht gezogenen Kredite, wie das gemanagt werden sollte. Das wurde alles selbstverständlich vom Vorstand mit großer Sorgfalt bearbeitet.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Viermetz. - Jetzt haben wir gestern ja versucht, Herrn Funke

einzuvernehmen - ich sagte es schon zu Beginn -, und Herr Funke soll nun auf einer Aktionärsversammlung am 27. Mai gesagt haben, vom 17. Februar bis Ende April habe die Bundesbank im Auftrag der BaFin alle Geschäftsbereiche im Risikobereich, alles, was Risiko angeht, überprüft und er könne erfreulicherweise mitteilen, dass nichts, aber auch gar nichts zu beanstanden sei. Das soll er gesagt haben gemäß einer Aussage eines Abgeordneten dieses Hohen Hauses. Kennen Sie diese Aussage? Wenn ja: Wie bringen Sie das mit dem tatsächlichen Inhalt des Prüfberichts übereinander? Ich war ja nicht dabei.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich war ja Aufsichtsratsvorsitzender und muss diese Versammlung geleitet haben. Es drehte sich ja um die Hauptversammlung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, eben drum.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich kann mich im Allgemeinen an diese Aussage erinnern, aber nur im Allgemeinen, nicht so spezifisch, wie Sie es jetzt gerade dargestellt haben. Das Einzige, was ich dazu sagen kann, ist: Das war ja Ende Mai. Da müssen wohl schon die ersten Zwischenresultate der 44er-Untersuchung mit dem Vorstand besprochen worden sein, sodass Herr Funke sich gerechtfertigt fühlte, dies hier den Aktionären mitzuteilen.

Ich selbst war ja in diesen Treffen - das ist ja ordentliches Tagesgeschäft - zwischen den 44er-Prüfern und dem Vorstand natürlich nicht anwesend und kann mich auch an so eine Aussage von Herrn Funke mir gegenüber nicht erinnern, mit der Ausnahme, dass ich mich erinnere, dass er eine allgemeine Erklärung abgab, die er dann später ja schon mal durch den Ausschuss, der sich ja alles in vielen Sitzungen - - Ich weiß nicht, wie viele Sitzungen der Ausschuss unter der Leitung von Herrn Professor Pohle, der einer der großen Accounting-Experten Deutschlands ist, hier hatte. Das war etwas später. Das ist das Einzige, was ich dazu sagen kann.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Ich danke Ihnen. - Dann habe ich noch eine Frage, von der ich nicht weiß, ob Sie dazu etwas sagen können. Aber gleichwohl: Der *Spiegel* zitiert in seiner Ausgabe vom 2. Februar 2009 den damaligen HRE-Fi-

nanzchef Markus Fell, der noch am 25. September 2008, also zwei Tage vor den Rettungsverhandlungen, bei einer Analystenkonferenz die Refinanzierungslage der Bank als stabil bezeichnet habe. Es gebe einen „Liquiditätspuffer von 33 Milliarden Euro“, so der *Spiegel* vom 2. Februar 2009. Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich weiß, dass Herr Fell in dieser Investorenkonferenz der HypoVereinsbank auftrat. Ich weiß auch, dass er zum allergrößten Teil über das Liquiditätsmanagement der Vergangenheit referierte und auch entsprechenderweise Zahlen an die Wand warf. Warum weiß ich das? Weil diese Quasianschuldung damals schon im Raume stand und Herr Fell entsprechend sich verteidigte.

Zu dieser Formulierung kann ich nichts sagen, mit Ausnahme, dass ich darauf hinweisen darf, dass wir nach Lehman drei Wochen durchfinanziert waren für die ganze Gruppe und dass, als der Vorstand in die Verhandlung mit der Deutschen Bank ging, er Sicherheiten hatte, die weit das überstiegen, was an Liquiditäts-Back-up oder -unterstützung oder -bedarf hier der Deutschen Bank vorgelegt wurde. Das waren nämlich - ich glaube, dass ich das sagen darf, ohne ein Geschäftsgeheimnis hier indiskret mitzuteilen - zwischen 40 und 60 Milliarden an Sicherheiten, die die Bank in diesem Moment zur Verfügung hatte, während ihr Liquiditätsbedarf ja wesentlich, wesentlich geringer war. Das wusste natürlich Fell, und vielleicht hat er das so interpretiert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bei Ihrer Antwort bezogen Sie sich also auf den 25.09. bzw. ein, zwei, drei Tage davor oder danach. Oder wie habe ich das von der reinen zeitlichen Zuordnung zu verstehen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Lehman war der 15.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, okay.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Als Erstes darf ich Ihnen sagen: Aus meinem Gedächtnis heraus kann das eigentlich nicht der 25. September gewesen sein, sondern es muss vorher gewesen sein, nämlich der

Montag oder der Dienstag der zweiten Woche.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Der 23. oder 24. Das ist eine wichtige Sache; denn am Dienstagabend war der Vorstand bei der Deutschen Bank zum ersten Mal. Also war es auf jeden Fall vorher gewesen. Zu diesem Zeitpunkt und darüber hinaus hatte HRE Sicherheiten, Public Finance, Kreditsicherheiten etc., Dokumentationen bis zur Höhe von 50, sogar etwas über 50 Milliarden Euro an der Hand.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann noch mal zu einem gesonderten, abgrenzbaren Komplex, nämlich dem Einstieg des Investors Flowers bei der HRE. Herr Flowers hat - das ging ja nun mehrfach durch die Medien - im April 2008 1,1 Milliarden Euro in die HRE investiert. War der Aufsichtsrat in diese Investition eingebunden?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Der Aufsichtsrat ist selbstverständlich vom Vorstand über die Annäherung Flowers' an die HRE benachrichtigt worden, und selbstverständlich hat der Aufsichtsrat darüber eine extensive Diskussion geführt: Reputation Chris Flowers? Hat er die Mittel? Ist das etwas, was HRE helfen wird? Wie wirkt sich das aus auf die Aktionärsstruktur der HRE? Alle diese Fragen wurden im Dialog zwischen Vorstand und Aufsichtsrat im Detail untersucht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Bevor ein Finanzinvestor 1,1 Milliarden Euro in die Hand nimmt, will auch er natürlich sehen, was er erwirbt. Also, Frage: Welche Einsicht in welche internen Informationen der HRE hat Herr Flowers genommen? Welche Prüfungen hat es für ihn gegeben, oder welche Überprüfungsmaßnahmen hat die HRE über sich ergehen lassen müssen, bevor Herr Flowers dann letztendlich sein „Go“ gab, um dieses Investment zu tätigen? Frage: Wusste Herr Flowers von den Prüfungen der Bundesbank bei der irischen DEPFA? Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Zu der letzten Frage: Die Bundesbank hat ja nicht bei der DEPFA, sondern hat die gesamte Gruppe untersucht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das wusste selbstverständlich Herr Flowers, überhaupt kein Zweifel. Flowers - das kann ich Ihnen bestätigen; ich kenne ja dieses Geschäft aus der Vergangenheit - hat eine ausgesprochen detaillierte, kompetente, beeindruckende sogar Due Diligence der HRE-Bücher gemacht. Er hat nicht nur mit einem Team gearbeitet, das aus New York kam, aus London, und mit seiner Stellvertreterin in Hamburg, Frau Dr. - jetzt habe ich im Moment den Namen vergessen -, sondern er hat auch jedes einzelne Vorstandsmitglied selbst und zusammen mit der Stellvertreterin in Deutschland, der Deutschlandmanagerin von Flowers, hier getroffen und, wenn Sie mich fragen, bewertet.

Das ging sogar so weit, dass er auch den Aufsichtsratsvorsitzenden selbstverständlich sehen wollte; das ist ja ganz klar. Aber ich hatte das Gefühl - - In den zwei Stunden, in denen wir uns unterhielten - nun muss ich dazu sagen, ich kenne Chris Flowers aus der Vergangenheit aus New York heraus, schon als früheren Partner von Goldman -, hatte er detaillierte Fragen zu dem Geschäft, zu den Zahlen, zu den Prognosen, zu den zukünftigen Strategien und zu den Stärken und Schwächen des gesamten Managements.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen, Herr Viermetz. - Ich habe einstweilen keine weiteren Fragen an Sie und übergebe nunmehr das Wort dem Kollegen Dr. Wissing von der FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Viermetz, ich habe Fragen zu diesem besagten Rettungswochenende. Sie sagten, nach Ihren Informationen hätte es überhaupt keine echten Verhandlungen gegeben an diesem Wochenende 26./27. September. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich darf vorausschicken, dass ich an diesen Verhandlungen ja physisch nicht teilgenommen habe, aber

jederzeit für den Vorstandsvorsitzenden erreichbar war. Es ging ja um sehr viel.

In der Berichterstattung durch den Vorstandsvorsitzenden, aber auch separat durch unsere den Vorstand begleitenden und unterstützenden Rechtsanwälte, nämlich Shearman & Sterling, wusste ich, dass der Vorstand in diesen BaFin-Fazilitäten in Frankfurt-Oberursel in einem Zimmer versammelt war und darauf wartete, hier zu einer Diskussion dazugerufen zu werden. Das ergab sich dann so, dass ab und zu jemand reinschaute - ob es jetzt Herr Sanio war oder Herr Müller oder andere oder Herrschaften aus der Deutschen Bank -, die spezifische Fragen hatten zur Liquidität oder zu diesem oder zu jenem. Aber die Berichterstattung von Herrn Funke war eindeutig und klar: Er war nicht gefordert, hier Verhandlungen zu führen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Von der Bundesregierung oder vom Bundesfinanzministerium haben wir erfahren, dass niemand anwesend war bis Sonntagnachmittag seitens der Regierung. Dann kam Herr Asmussen. Wissen Sie etwas darüber, ob zu diesem Zeitpunkt noch Verhandlungen geführt worden sind, oder war da schon alles abgeschlossen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich hatte ja in meiner eigenen Erklärung gesagt, dass mir bestätigt wurde, dass Herr Asmussen gegen 6 Uhr abends, glaube ich, am Sonntag aus Berlin nach Frankfurt eingeflogen war. Unser Eindruck war, dass das Konsortium sich absolut nicht einigen konnte oder sich nicht in der Höhe einigen konnte oder sich im Dialog über die Bundesbank mit dem Bundesfinanzministerium über die zusätzlichen Unterstützungen des Bundesfinanzministeriums sich nicht einigen konnte. Jedenfalls war um 6 Uhr abends noch keine - aus der Sicht unseres Vorstandes auf gar keinen Fall - Lösung vorhanden. Die ergab sich ja erst spät, nämlich nach Mitternacht. Uns wurde gesagt, nachdem schließlich und endlich die Bundeskanzlerin mit zurate gezogen worden war.

Dr. Volker Wissing (FDP): War denn aus Ihrer Sicht zu diesem Zeitpunkt, ab Sonntag, 17 Uhr, noch genügend Zeit vorhanden, um alle Eventualitäten abzuwägen und eine optimale Lösung auszuhandeln?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Sie wissen, dass HRE eine ziemlich große Tochter in Tokio hatte und aufgrund der Zeitunterschiede wir auf jeden Fall uns darauf einstellen mussten, in Tokio um halb acht, acht, halb neun - sprich: eins, halb zwei, spätestens 2 Uhr mitteleuropäischer Zeit - zu eröffnen. Nachdem ja hier nun über Liquidität und Illiquidität zu beraten war, war es klar, dass der Vorstand, falls man zu keiner Lösung kommen sollte, eine entsprechende Erklärung für die Öffnung des Marktes in Tokio vorzubereiten hatte bzw. mit BaFin darüber zu sprechen hatte, dass man über Insolvenzkonsequenzen nachdenken musste bzw. entsprechend handeln musste.

Ich glaube mich zu erinnern, dass das auf jeden Fall BaFin vollkommen klar war und dass aus diesem Grunde heraus alle Beteiligten wussten, dass hier wirklich ganz hart am Wind verhandelt wurde und dass es Spitz auf Knopf zeitlich stand, als die Lösung gefunden wurde. Auf der anderen Seite darf ich schon dazu sagen, dass in vielen dieser Verhandlungen diese Lösungen leider nicht einen Tag vorher gefunden werden, sondern meistens erst so in den letzten Stunden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Noch eine Frage, Herr Viermetz, zu den Äußerungen des Bundesfinanzministers im Nachgang - dieses geordnete Abwickeln -: Was für eine Dimension hat diese Äußerung an den Finanzmärkten ausgelöst? Kann man sagen: Sie hat Schaden zugefügt?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich muss Ihnen leider gestehen: Aus der Sicht der HRE hat diese Äußerung des Bundesfinanzministers sehr großen Schaden angerichtet.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie groß?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Es hat bedeutet, dass Gegenparteien, Geschäftsparteien, mit denen HRE bis dahin Geschäfte betrieben hatte, sich weigerten, mit einer Bank, die abgewickelt werden wird, die sozusagen aufgelöst werden wird, Geschäfte zu machen. Nun muss man ja sowieso dazu sagen: Es war ja Panik überall, sodass es sowieso einigen Mutes bedurfte, normale Geschäfte abzuwickeln. Insofern hat diese Aussage hier - - Alles, was HRE ab dann in den Märkten - das war ja der Beginn der dritten Woche - machte, konnte man nur unter großen Schwierigkeiten machen.

Dr. Volker Wissing (FDP): War diese Äußerung mit ursächlich dafür, dass es ein zweites Engagement des Bundes geben musste?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich glaube, ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wer hat Ihnen denn gesagt, dass Standard & Poor's die Senkung des Kurzfrustratings aufgrund der Äußerungen des Bundesfinanzministers androht hat?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das war die Berichterstattung durch den Vorstandsvorsitzenden, kann auch der Finanzvorstand gewesen sein. Jedenfalls ist mir das - denn das war ja nun eine ganz wichtige, dramatische Entwicklung - gesagt worden. Das habe ich ganz klar im Kopf.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Bitte schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich erteile nunmehr Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion für 19 Minuten das Wort.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Viermetz, wenn ich da noch mal fortsetzen darf, wo Kollege Wissing die Fragestellung beendet hat: Habe ich das richtig verstanden, dass es das erste Rettungskonzept gab - das war mit einer finanziellen Ausstattung auch des Bundes oder mit Hilfe des Bundes verbunden - und durch die Äußerungen des Herrn Finanzministers und nachher auch noch seiner Pressestelle bis zur Finalisierung des zweiten Rettungspaketes dann, was ja begründet worden ist, HRE hätte die Liquiditätsberechnungen im Grunde nicht richtig gemacht, das größere Erfordernis, auch aufgrund der Liquidität, ursächlich mit dieser Aussage zusammenhängt und damit im Endeffekt das zweite Rettungspaket dadurch für den Bund teurer wurde?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Als Erstes darf ich darauf hinweisen, dass die späteren Zahlen nach dem Beginn des ersten Rettungspaketes alle - das habe ich noch im Ohr aus der Berichterstattung durch den Vorstandsvorsitzenden - nicht mehr von der

HRE kamen, sondern von dem Bankenkon-
sortium; jedenfalls kamen sie nicht mehr von
der HRE. Also, die HRE wurde nicht gefragt:
Ist das die Zahl, die ihr bestätigen sollt? Die
HRE war ja, wie ich vorhin schon andeutete,
in die Verhandlungen nicht mehr eingebun-
den. Das heißt also, dass diese Zahl, natür-
lich aufgrund der ganzen Liquiditätsberech-
nungen - die bestehen natürlich aufgrund
von Annahmen usw. -, hier von anderen - ich
weiß jetzt nicht, von wem; ich vermute, das
Bankenkonsortium - in die endgültige De-
batte hineingegeben worden waren.

Zweiter Punkt. Was immer auch die In-
tentionen des Herrn Bundesfinanzministers
waren - ich habe großen Respekt vor ihm im
Sinne seiner Rolle für die Bundesrepublik
Deutschland -, soweit diese Aussage HRE
betraf, ist es ganz klar, bin ich mir sehr si-
cher: Wenn die Vorstände, notabene der
Vorstandsvorsitzende oder der Finanzvor-
stand oder der Risikomanagementvorstand,
befragt werden würden und die Antwort nicht
verweigern, sondern die Frage beantworten
würden, dass sie bestätigen würden, dass
hier zusätzliche Nachfragen nach Collateral,
nach Liquidität, kreiert worden sind - - Neh-
men das Beispiel Safe Payment. Das heißt:
Wenn Sie zum Beispiel in Tokio am Dienstag
eine große Zahlung machen mussten - sa-
gen wir: 1 Milliarde Dollar -, dann mussten
Sie die am Montagabend bereits als Bestäti-
gung dahaben. Das war zusätzliche Liquidi-
tät, die in normale Liquiditätsberechnungen
natürlich nie eingebaut worden ist, und be-
deutete hier die Reaktion auf diese Erklärung
plus das S & P-Downgrading.

Ich möchte dazusetzen - schon der
Wahrheit zuliebe -, dass natürlich schon
auch noch einige andere Aspekte mit dazu
geholfen haben, von dieser Zahl von
35 Milliarden dann auf die Zahl von
50 Milliarden zu kommen, zum Beispiel -
dafür kann der Herr Bundesfinanzminister
nichts - die sogenannten Haircuts, das heißt
die Abschlagsbewertungen für Staatspa-
piere. Wir hatten ja einen kompletten Still-
stand der Märkte mit Ausnahme der Go-
vernment Bonds der Vereinigten Staaten,
Deutschlands, ich glaube, noch Frankreichs.
Aber selbst Spanien, Italien, Griechenland,
alles, was zu Euroland gehörte und was na-
türlich Bestandteil des Geschäfts der HRE,
sprich: der DEPFA, war: Diese Staatspapiere
unterlagen aufgrund der sich dramatisch
verschlechternden Kurse für die Staatspa-
piere, sprich: Renditen, die dramatisch nach

oben gingen, höheren Haircuts und waren
auch noch mit darin gewesen.

Aber, kein Zweifel, dass die Aussage des
Herrn Finanzministers HRE in dieser Situa-
tion, in dieser Panik der Märkte auf keinen
Fall geholfen hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
„Auf keinen Fall“ was? Ich habe Sie akus-
tisch nicht verstanden.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Auf keinen Fall
geholfen hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr
Viermetz, wann und mit wem - Herrn Minister
oder auch dem Staatssekretär oder Herrn
Asmussen - hatten Sie Gespräche im Zu-
sammenhang mit der Rettungsaktion und
auch im Vorfeld und zu welchen Zeitpunkten
und mit welchem Inhalt?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich muss Ihnen
gestehen, dass ich ein einziges Gespräch mit
Herrn Asmussen führen konnte, den ich per-
sönlich aus einer ganz anderen Position
heraus, nämlich als Aufsichtsratsvorsitzender
der Deutschen Börse, gut kannte, und das
war im Zusammenhang mit meinem Versuch,
dem Herrn Bundesfinanzminister Anfang der
zweiten Woche zu erklären, -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): „Zweite
Woche“ heißt?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nach Lehman.
Ich bitte um Entschuldigung.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das ist
eine neue Zeitrechnung.

Zeuge Kurt F. Viermetz: - wie drama-
tisch die Situation sich verändert hätte, ver-
schlechtert hätte, und dass es eigentlich
nicht um die HRE geht, sondern um System-
risiken für den Finanzplatz Deutschland. Als
Konsequenz dieser kurzen Unterhaltung mit
Staatssekretär Asmussen habe ich dann
meinen Brief unter dem 23., der hier als An-
lage enthalten ist, an den Herrn Finanzmi-
nister geschrieben, direkt in das Büro des
Finanzministers; das hat mir Herr Asmussen
vermittelt. Das war leider die einzige Kom-
munikation mit dem Bundesfinanzministerium
während der gesamten Periode.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sonst mit keinem anderen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war der einzige Kontakt. - Wie ist Ihrer Kenntnis nach, weil Sie, Herr Viermetz, eben aussagen, die Bundeskanzlerin habe auch ihre Zustimmung - - Das kann sich ja zunächst mal nur auf den Bereich des ersten Rettungskonzepts beziehen. Woraus haben Sie die Erkenntnis, dass konkret dieses Projekt der Zustimmung unterlag, oder gibt es hier durchaus auch eine Überlagerung im Vorfeld der Erklärungen der Kanzlerin, wo sie die Spareinlagen als sicher erklärt hat, und von wem hatten Sie diesen Eindruck, dass sie zugestimmt habe?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Die Information stammte, wie fast alles, von der fast stündlichen Berichterstattung des Vorstandsvorsitzenden an mich, aber darüber hinaus auch aus Informationen, die von den Rechtsanwälten kamen, Bemerkungen, die gemacht wurden, und Bestätigungen, die dann, glaube ich, am nächsten Tag oder übernächsten Tag in der Presse standen.

Kann ich daraus - das ist Ihre nächste Frage - schließen, ob hier ein Entscheidungstransfer stattfand? Das weiß ich nicht. Ich war nicht dabei. Ich hatte nur den ganz klaren Eindruck, dass die Lösung schließlich und endlich durch die Bundeskanzlerin herbeigeführt worden war.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt nunmehr der Kollege Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Viermetz, was hat Finanzminister Steinbrück zur Rettung vor der Ratingherabstufung gesagt, was dem Standing der Hypo Real Estate oder ihrem Ansehen geschadet hat?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Vor dem Montag hat - - Dazu kann ich eigentlich nur sagen: Wir hatten keine Kommunikation mit dem Herrn Bundesfinanzminister. Das betrifft auch den Vorstandsvorsitzenden, der in der dritten Woche, also nach dem ersten Rettungspaket, in das Ministerium zitiert wurde und hier den Herrn Minister traf; aber das war ja auch danach. Davor ergibt sich aus

meiner Sicht eben nur die Möglichkeit, dass die Aufsichtsbehörden, die wir ja freiwillig von uns aus so bald, so früh wie möglich informierten, selbstverständlich - davon gehe ich aus - den Herrn Bundesfinanzminister über diese Situation informierten.

Aus meiner Sicht müssen das alles diskrete Gespräche geblieben sein. Denn eine Sache, die wir alle befürchteten, nicht nur die HRE, sondern auch BaFin und andere Beteiligte, dass eine frühzeitige Indiskretion über diese Situation in die Märkte hinein natürlich eine entsprechende Explosion herbeiführen würde, wurde ja bis zum Beginn des Rettungspakets - Gott sei Lob und Dank - vermieden, sodass ich Ihnen damit nur bestätigen kann, dass, was immer Herr Steinbrück in den Diskussionen um den Lösungsversuch mit a) dem Bundesbankpräsidenten, b) dem BaFin-Präsidenten, c) dem, sagen wir mal, Präsidenten des privaten Bankenverbands und d) dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank - ich nehme an, das war der Personenkreis, der sich mit der Lösung befasste - besprach, diskret innerhalb dieses Kreises gemacht wurde.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Wie haben die Ratingagenturen ihre Einstufung gegenüber der Hypo Real Estate begründet?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich hatte ja schon gesagt: S & P war die Rating Agency, die sofort oder mit zeitlichem Abstand von einigen Stunden nach der Erklärung des Bundesfinanzministers die Herabstufung des Ratings vornahm. Die anderen sind dann erst später gefolgt.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Gab es eine Korrektur der Aussage seitens des Ministeriums oder aus dem Umfeld des Ministers: vom Sprecher, vom Staatssekretär, von wem auch immer?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich hatte in meiner Erklärung gesagt, dass der Vorstand einen anwaltlichen Brief an den Herrn Bundesfinanzminister geschrieben hat und seine Überraschung, seine Irritation zum Ausdruck brachte und inständig bat, dass diese Aussage korrigiert werden sollte, was ja auch dann mit etwas zeitlicher Verzögerung gemacht wurde. Das war ja mein Eingangstatement. Wenn Sie wollen, darf ich das noch mal repetieren.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Das ist nicht erforderlich. Wir nehmen es ja zum Protokoll. Dann können wir das Datum ja einfach nachlesen. - Herr Dautzenberg möchte noch mal fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Viermetz, darf ich noch einmal nachfragen, was die Einbindung der Bundeskanzlerin anbelangt - von der Sie den Eindruck hatten, dass sie so erfolgt sei -, zu den Personen, die Ihnen diesen Eindruck vermittelt haben? Können Sie die Personen benennen? Sie hatten den Vorstandsvorsitzenden genannt. Der wollte uns aber nichts sagen. Deshalb ist die Frage: Wer war das dann aus dem Bereich der Berater und der Rechtsanwälte?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Um ganz ehrlich zu sein: Da kann ich mich an keinen spezifischen Namen erinnern. Aber es waren ein oder zwei, die in dieser Nacht mir - - Ich hatte ja den Aufsichtsrat am Telefon, um die Abstimmung vorzunehmen für die Billigung des Rettungspaketes, und war damit natürlich sehr beschäftigt. Aber ich hatte auch aus anderen Quellen diese Information erhalten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wer waren denn die anderen Quellen? Ich meine, wenn man so einen Eindruck im Grunde hat, den man hier wiedergibt, müsste man auch fundieren können, von wem man diese Anhaltspunkte hat.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich bin mir ziemlich sicher, dass es auch von unseren Rechtsanwälten kam, dass sie das auch gehört hatten. Die waren ja mit dabei bis zum Schluss in Frankfurt am Sitz der BaFin.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Können Sie die Rechtsanwälte nennen, die das waren?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das waren die zwei Rechtsanwälte, die dem Vorstand an der Seite standen. Es waren zwei Rechtsanwälte von Shearman & Sterling, der großen internationalen Sozietät, Herr Thoma, Senior-Sozius von Shearman & Sterling, und ein Herr Dr., ich glaube, Kossmann. Tut mir leid.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Was an sich schon erstaunlich ist, wenn also in der Zuständigkeit des Rettungsschirmes das betreffende zuständige Ministerium nicht vertreten war, aber so der Eindruck vermittelt wird, dass das Kanzleramt im Grunde eingebunden war.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Wenn ich dazu doch bemerken darf: Am Sonntagabend, 6 Uhr, kam das zuständige Ministerium in der Person des Staatssekretärs. Da kam dann auch Bewegung - das war ganz klar zu sehen, zu hören, zu vernehmen - in die Debatte, in die ganze Diskussion. Aber es zog sich sehr hin und her, wobei ich wirklich nicht in die Details gehen kann, weil ja auch der Vorstandsvorsitzende nicht eingebunden, nicht involviert war. Aber schließlich wurde diese Bestätigung gegeben: Lösung ist gefunden. Die Bundeskanzlerin hat dem zugestimmt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn ich, Herr Viermetz, noch mal rückfragen darf zu dem Komplex, dem Abschnitt erstes und auch zweites Rettungswochenende. Das ist den politischen Entscheidungsträgern im Parlament, was die Liquiditätsverschlechterung der HRE anbelangt, so vermittelt worden, als sei das im Grunde aufgrund der Ermittlungen durch die HRE bedingt, wo die jetzt noch mal - so wurde es salopp ausgedrückt - nachliefern mussten, weil das Erste nicht stimmte. Ihren Ausführungen habe ich entnommen, dass aufgrund der Unterlagen der HRE die Handelnden für das Rettungspaket aus dem Privatbankenbereich das dann nachher als Grundlage für die Entscheidung angaben. Die Deutsche Bank ist ja noch extra, glaube ich, nach Dublin gefahren, um da einiges zu überprüfen. Ist das zutreffend?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich kann Ihnen nur bestätigen, dass unser Vorstand passiver Part in der ganzen Entwicklung war, dass zum Beispiel die zweite Zahl von 35 des ersten Rettungspaketes so gefunden wurde, indem das Konsortium - ich glaube, der Vertreter der Deutschen Bank - sagte: Da wollen wir uns doch lieber nicht nur die Liquiditätslage nach drei Wochen ansehen, sondern schon ein bisschen länger planen in das neue Jahr hinein. - Daraus entstand die 35er-Zahl; das habe ich noch fest im Kopf.

Der Sprung von 35 auf 50 wurde ja der HRE angelastet. Deswegen habe ich - das war meine letzte Entscheidung als Aufsichtsratsvorsitzender - mit Zustimmung des Aufsichtsrates die Instruktion gegeben, das zu überprüfen, wie dieser Gap von 35 auf 50 vom ersten zum zweiten Paket entstanden ist, und Oliver Wyman wurde dazu berufen, das zu tun.

Ich würde sagen - das war dann schon zum Teil jenseits meiner Zeit -, schon aus der ganzen Berichterstattung der letzten Tage war klar, dass es eine Kette von Verschlechterungen war, die eben zu dieser erhöhten Liquidität bzw. Collateral-Situation führte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke sehr, Herr Viermetz. - Ich erteile nunmehr Herrn Dr. Troost von der Linken das Wort.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Viermetz, traditionell gilt das Staatsfinanzierungsgeschäft als ein Geschäft mit relativ geringen Margen. Stimmen Sie mir da zu?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das, glaube ich, reflektiert die Wirklichkeit.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wenn jetzt eine DEPFA sagt: „Wir haben da andere Wege, wir versprechen möglicherweise sogar 25 oder 30 Prozent Rendite“, dann kann das ja nur durch besondere Risiken geschehen.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich kann mich nicht erinnern, dass die DEPFA, solange sie Bestandteil der HRE war, so eine Erklärung abgegeben hat.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich meine, eine Erklärung von Herrn Funke irgendwo gefunden zu haben, der durchaus solche Renditen aus diesem Geschäft erwartete. Wir wollen uns jetzt nicht auf die Zahl festlegen; aber im Prinzip ist völlig klar: Hier wurde sozusagen mit extremer Fristentransformation versucht Rendite herzustellen, die traditionell eigentlich im Staatsfinanzierungsgeschäft nicht möglich ist.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Wie ich in meiner Eingangserklärung sagte, reflektiert das

nicht die Wirklichkeit, was Sie hier sagten. Das ist das, was der DEPFA unterstellt worden ist und was über die DEPFA später geschrieben worden ist. Ungefähr 50 Prozent der gesamten Bilanz der DEPFA waren immer langfristig refinanziert, und „langfristig“ bedeutete - ich glaube, mich erinnern zu können aus einer der letzten Berichterstattungen für den Aufsichtsrat - eine Durchschnittslaufzeit von neun Jahren.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): 50 Prozent waren dann aber auch sehr kurzfristig auf dem Interbankenmarkt.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Hier muss man unterschieden zwischen Staatspapieren, refinanzierten Repurchase Agreements, die ja immer Bestandteil der internationalen Märkte gewesen waren und wo es ja keinerlei Grund gab, zu zweifeln, dass diese Refinanzierungsquelle versiegen würde. Das ist auch Bestandteil dieses Crashes nach Lehman.

Aber worauf Sie hinaus wollen und viele derer, die über diesen Aspekt des Geschäftes der DEPFA geschrieben haben: Die Transformation fand statt in dem Bereich der unbesicherten Geldaufnahme, und die war limitiert auf 20 Prozent der gesamten Bilanz, also um die 40 Milliarden Euro. Hier - das muss ich schon zur Verteidigung von HRE bzw. DEPFA sagen - wurde nicht einfach im Markt refinanziert. Schon die DEPFA hatte ihre eigene Truppe, ein kleines Team, das die Geschäftspartner, die der DEPFA immer wieder Gelder in Milliardenhöhe zur Verfügung stellten, notabene Zentralbank, große Pensionskassen, Spezialinstitute - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Entschuldigung. Ich unterbreche Sie ungern; aber ich habe nur sieben Minuten, und die gehen dann immer ganz schnell weg.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich bitte um Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann machen wir eine neue Runde.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann bin ich nicht mehr da.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Die wurden spezifisch im Dialog bedient, und deswegen

war da auch Stabilität in der Geldaufnahme innerhalb dieser 20 Prozent. Das ist bewiesen dadurch, dass über fünf Jahre hinweg diese Refinanzierungszahl von 20 Prozent der Gesamtbilanz der DEPFA immer wieder refinanziert und prolongiert - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut, das war aber vielleicht alles auch noch vor der Finanzmarktkrise.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber in jedem Fall stimmen Sie mir doch zu, dass die Liquiditätsrisiken insgesamt in der HRE deutlich angestiegen sind, nachdem die DEPFA dazugekommen ist. Zumindest sagt das der ehemalige Risikomanager, den wir ja hier auch in einer der nächsten Sitzungen haben werden.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich würde es mal so beantworten: Dadurch, dass die Volumina nicht mehr 200 - - Jede der beiden Banken brachte 200 Milliarden Bilanzsumme mit rein. Es entstand also ein Konzern von 400 Milliarden. Es ist ganz klar, dass das erhöhte Managementaufgabe ist. Wenn Sie das damit meinten - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, das meinte ich nicht damit. Ich meinte schon, dass die Fristentransformation zwischen sozusagen Alt-HRE und Neu-HRE deutlich kürzer geworden ist, was die Refinanzierungen anging.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nein, das glaube ich nicht, anhand all dessen, was ich gesehen habe, was mir berichtet worden ist, dass ich das so bestätigen kann. Denn einerseits darf ich Sie daran erinnern, dass der Immobilienfinanzierungspakt, die 200 Milliarden Aktiva der Hypo-Real-Estate-Banken gemäß den deutschen Regulierungen, Pfandbrief, 60 Prozent etc. vorgenommen werden - das ist automatisch weitergegangen, auch ob DEPFA dabei war oder nicht -, andererseits die DEPFA über die Jahre hinweg dieselbe Refinanzierungsstruktur aufgewiesen hat, ich ja ausdrücklich nochmals darauf hingewiesen habe, dass beide unabhängig voneinander im Markt reagierten mit verschiedenen Geschäftsparteien, aber intern konsolidiert wurden, damit das effizient

und geräuschlos gemacht werden würde. Es ist eine größere Herausforderung, aber es bedeutet nicht automatisch, was durchaus - - Wenn man das als Laie von draußen betrachtet, gebe ich zu - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, nicht automatisch, aber auch nicht durch Größe, sondern natürlich auch durch Kapitalmarktkrise, durch Bankenzusammenbrüche oder auch durch zu befürchtende. Wussten Sie, dass es bei der HRE Stresstests gab, die sagten, dass im schlechtesten Fall - kleiner als Lehman - möglicherweise nur sieben Tage eine Überlebenschance besteht?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Oh nein. Es war andersrum. In den Stresstests wurde diese sogenannte konservative Klausel oder das Kriterium mit eingebaut, dass die Märkte vollkommen eingefroren sind, zubleiben für sieben Tage. Das war eine Annahme, die von den HRE-Managern in den Stresstest mit eingebaut worden war. Andererseits, selbst in der Krise - ich habe ja auch darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Krise nun in Wellen vom August 07 an bis September/Oktober 08 ausweitete -, wo die Welle nach oben ging, kann ich mich genau entsinnen: In der Berichterstattung an den Aufsichtsrat über Liquiditätsmanagement wurde bestätigt, dass die DEPFA ihre Refinanzierung genauso durchgeführt hätte wie in normalen Zeiten mit etwas kürzeren Fälligkeiten, aber dafür sogar mit niedrigeren Kosten verbunden - das habe ich noch im Kopf -, sodass man daraus nicht entnehmen musste, dass die DEPFA Korrekturen an einem Liquiditätsmanagement vornehmen musste, das schon seit Jahren hier ihr gut gedient hatte.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann müssen wir noch mal nachfassen; denn wir haben eine ganz andere Definition des Stresstests.

Herr Vorsitzender, ich muss mich im Augenblick leider verabschieden; wir werden eine Stunde lang keinen Abgeordneten hier haben, weil mein Stellvertreter noch im Haushaltsausschuss festhängt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Also nur virtuell sozusagen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Virtuell und mit Mitarbeitern und so.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, dann danke ich Ihnen. Bis gleich, Herr Troost.

Ich erteile nunmehr der Kollegin Nina Hauer von der SPD-Fraktion das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Viermetz, ich darf Sie zum Verständnis noch mal fragen: Läuft gegen Sie ein Strafverfahren wegen falscher Angaben über die Illiquidität oder gegen Herrn Steinbrück?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Zu Herrn Steinbrück kann ich nichts sagen. Das weiß ich nicht; das würde mich überraschen. Erst im Zusammenhang mit den erhobenen Vorwürfen gegen den Vorstand ist auch von der Staatsanwaltschaft München I gegen mich ermittelt worden, aber so, wie ich höre, nur, glaube ich, mit zwei Beschuldigungsthemen im Vergleich zu sieben, acht, neun, die den Vorstand betreffen.

Nina Hauer (SPD): Herr Viermetz, am 27.09. haben Herr Weber, Herr Zeitler und Herr Sanio an Steinbrück einen Brief geschrieben, in dem sie zusammenfassen, dass bei der HRE-Gruppe eine geordnete und substanzerhaltende Neustrukturierung vorgenommen wird. Das ist die Ausgangslage am Samstag, den 27., gewesen. Am Montag, den 29.09., um 2.47 Uhr gab es die erste Agenturmeldung bei dpa über das Rettungspaket für die HRE. Knapp sieben Stunden später gab es die erste Agenturmeldung, dass der Kurs der Hypo-Real-Estate-Aktie um 68,78 Prozent - also fast 70 Prozent - abgestürzt ist, des Unternehmens, in dem Sie Aufsichtsratsvorsitzender waren. Noch mal knapp eine Stunde später - am Montag, den 29.09. - gab es eine Meldung in der *Financial Times Deutschland*, dass nach dem Beinahekollaps der Hypo Real Estate die Aktien um fast bis zu 75 Prozent zusammengebrochen sind. Ein Händler wird zitiert mit den Worten: „Alles, was Bank heißt, wird mit heruntergerissen.“ Kursabsturz bei der Commerzbank von mehr als 24 Prozent; der DAX bricht um 23 Prozent nach unten, Allianz 6 Prozent minus, Deutsche-Bank-Aktien 8 Prozent minus. Das alles in der Folge einer Meldung, dass ein Unternehmen gerettet wurde, in dem Sie Aufsichtsratsvorsitzender waren.

Dann, zwei Stunden später, gab es die erste Agenturmeldung über die von Herrn Bundesfinanzminister Steinbrück gewählten Worte zum Thema Abwicklung, wo er dem allgemeinen Verständnis nach für ganz normale Leute, die in diese Dinge nicht verwickelt waren, erklärt hat, was jetzt eigentlich mit der HRE gemacht wird. Ich fasse das noch mal im Terminus technicus zusammen: eine geordnete und substanzerhaltende Neustrukturierung. Dadurch kann man sehr wohl sehen, dass da ein Zusammenhang zu dieser Äußerung besteht.

Aber sagen Sie doch mal: Wenn das alles in diesen Zeitabständen dazu geführt hat, dass der Kurs dieser Aktie um 75 Prozent eingebrochen ist, andere Aktienkurse anderer Banken so reingerissen hat, dann müssen Sie doch selber sehen, dass das mit der Äußerung vom Bundesfinanzminister, die viele Stunden später überhaupt erst öffentlich wurde, überhaupt nichts zu tun hat?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Sehen Sie, die Frage, die mir gestellt worden war, bezog sich ja auf die Reaktionen der Geschäftspartner der HRE in den internationalen Märkten. Wenn ich erinnern darf: In den anderen Staaten wurde - siehe Fortis - eine 49-prozentige Kapitalspritze gegeben, oder es wurde sofort verstaatlicht, oder es wurden Garantien für die gesamten Banken gegeben. Hier war aufgrund des Geschäftsmodells die HRE in der Bundesrepublik Deutschland als Erstes von der Lehman-Insolvenz betroffen. Es kam diese Erklärung des Bundesfinanzministers durch Reuters. Wir haben sie ja nur genauso gelesen wie alle anderen.

Ihre Bemerkung zum Aktienkurs - absolut richtig -, die reflektiert wesentlich mehr, nämlich die gesamte Panik, die sich gerade zum Beginn der dritten Woche in den internationalen Märkten verbreitete. Es gab nun viele Leute, die sagten: Wir stehen vor dem totalen Kollaps. - Und Gott sei Lob und Dank, angesichts der Initiativen der verschiedenen Länder - inklusive natürlich der Bundesrepublik Deutschland - sind wir daran vorbeigeschlittert. Aber ich möchte schon sagen: Ich kann das eine nicht mit dem anderen - - Oder bzw., das eine reflektiert eine Situation, und das andere reflektiert eine andere Situation.

Nina Hauer (SPD): Aber, Herr Viermetz, es ging ja weiter. Die Meldung kam um 11.59 Uhr. 38 Minuten später, am Montag,

den 29.09, um 12.37 Uhr, hat das Unternehmen HRE dementiert, dass hier von Abwicklung eine Rede sein könne, 38 Minuten später. Da war diese Bemerkung quasi schon wieder vom Markt. Zwei Stunden später hat das Bundesfinanzministerium durch den Ministeriumssprecher Torsten Albig diese Bemerkung erklärt und in den Rahmen gerückt, in dem der Finanzminister sie geäußert hat; und das ist ja auch seine Aufgabe als Finanzminister, den Leuten, den Wählerinnen und Wählern und vor allen Dingen den Steuerzahlern zu erklären, was da in der Nacht eigentlich gerettet werden musste in einem Unternehmen, in dem Sie Aufsichtsratsvorsitzender waren.

Aus diesen zwei Stunden, in denen diese Meldung in der Welt war, machen Sie eine Geschichte, dass das Grundlage für einen Kursabsturz gewesen sei, der Stunden vorher schon erfolgte, und dass gleichzeitig das die Grundlage gewesen sein soll, warum eine Ratingagentur in dieser Art und Weise die Hypo abgeratet hat. Da kann ich nur sagen: Wenn die Grundlage für Ratingagenturen Bemerkungen des Bundesfinanzministers sind, die sich zwei Stunden auf dem Ticker wiederfinden, dann wundert mich an dieser Finanzkrise überhaupt nichts mehr; denn dann kann man sehen, dass die Ratingagenturen einen erheblichen Anteil daran haben, wenn sie so, auf dieser wissenschaftlichen Basis, arbeiten.

Herr Viermetz, ist Ihnen klar, dass Ratingagenturen die Bemerkungen von Ministern oder auch der Bundeskanzlerin, die auch an diesem Rettungspaket beteiligt sein musste, als Grundlage nehmen? Verlassen Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen, die Sie in der Vergangenheit als Geschäftsmann getan haben, auf solche Agenturen, die solche Werte zustande bringen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich möchte Ihnen nicht gerne widersprechen, aber ich glaube, die Situation war ja nun keine normale, wo - sagen wir mal - eine Reuters-Erklärung vor einer Investitionsentscheidung noch den Vorständen vorgelegt wird. Es drehte sich ja um eine wirklich dramatische Situation, die ich versucht habe zu beschreiben - einerseits. Zum Zweiten drehte es sich um die Reaktion der internationalen Märkte. Ich bitte Sie, zu verstehen: Da sitzen Leute in London, in New York, in Tokio, überall auf der Welt, die Geschäftspartner waren - ein Devisengeschäft, ein Geldgeschäft, ein

Swap, was immer es auch gewesen war -, die nicht lange darüber nachdenken, aber hier konstatieren, dass ein Herr Bundesfinanzminister diese Erklärung abgegeben hat, die sie automatisch so interpretierten: Ach, dem wird jetzt geholfen, aber das wird abgewickelt werden; na, da brauchen wir doch kein Geschäft mehr zu machen, zumal wir ja in dieser Panik so wenig wie möglich machen wollen. - Es ist diese Vermischung dieser unglaublichen Unsicherheit, die an diesen Tagen stattgefunden hat und die entsprechenderweise beeinflusst hat und die auch leider über die Gegenerklärung, die danach kam - ich habe sie auch zitiert und hätte sehr gewollt, dass sie sofort alles andere annulliert -, in dem Moment leider nicht sehr viel geholfen hat. Man muss das in diesem Kontext sehen.

Nina Hauer (SPD): Aber Herr Viermetz, Ihre Vorwürfe hier sind ja schon sehr gravierend. Sie versuchen, vom ersten Rettungspaket am 29.09., wo die Bundesregierung mit 35 Milliarden Bürgschaften - Steuerzahlergeld - eintreten musste, um den Untergang einer systemischen Bank zu verhindern, deren Aufsichtsratsvorsitzender Sie waren - - Dann verging eine Woche, und dann war auf einmal klar: Da muss nachgeschossen werden. - Und diese Woche und diesen Nachschuss versuchen Sie, zu erklären. Ich kann das verstehen; das ist auch ein Riesenproblem, wenn man erst sagt, es sind 35 Milliarden. Sie haben Erklärungen abgegeben, die sind auch von anderen Vorstandsmitgliedern abgegeben worden, dass die Kreditfazilitäten vorhanden sind, und dann sind es eine Woche später noch mal 15 Milliarden, die oben draufkommen; dann waren es am zweiten Rettungswochenende schon 50 Milliarden. Sie versuchen, eine Erklärung dafür abzugeben, und versuchen erst mal, das dem Minister anzuhängen. Aber die Deutsche Bank, die dann in Dublin geprüft hat, teilte vor dem Rettungspaket mit, dass bei der DEPFA in Dublin vor Ort, wo die Deutsche Bank geprüft hat - das teilten die dem Herrn Sanio von der BaFin mit -, dass die HRE-Gruppe nach ihrem Eindruck wesentliche Informationen zurückgehalten habe; es handele sich um ein Commercial-Paper-Programm im Umfang von 20 Milliarden Euro, aus dem die DEPFA Bank plc nun Liquiditätsabflüsse zu verzeichnen habe. - Das war der Grund dafür, dass eine Woche nach dem ersten Rettungspaket,

nach dem Niedergang Ihres Aktienkurses, das zweite Rettungspaket fällig war - nicht die Äußerungen eines Bundesfinanzministers, der den Wählern und Wählerinnen erklären muss, was eigentlich mit ihrem Geld gemacht wird. Das war der Grund dafür. Das ist natürlich auch - ich weiß nicht, ob Sie das kennen - nicht Ihre Hausdurchsuchung gewesen - das stelle ich fest -, das ist in der Begründung für die Hausdurchsuchung von Herrn Funke gewesen:

Durch die Erklärung vom 29.09., es sei eine Kreditfazilität in ausreichender Höhe bereitgestellt worden, stellten die Mitglieder des Vorstandes der Hypo Real Estate Holding AG somit die Verhältnisse der Hypo Real Estate Group falsch dar, da der Eindruck erweckt wurde, die wirtschaftliche Lage der Unternehmensgruppe sei damit vollständig gesichert.

Das ist Teil dessen, was Herrn Funke vorgeworfen wird. Es ist ganz offensichtlich, dass diese 20 Milliarden, die da gefehlt haben, zum zweiten Rettungspaket geführt haben.

Dann frage ich Sie: Danach ging es ja weiter - Sie haben ja vorhin gesagt: Die Bundeskanzlerin hat selbstverständlich das zweite Rettungspaket mit abgesichert; sie bestimmt die Richtlinien der Politik, vor allen Dingen, wenn in diesem Maße Steuergeld als Bürgschaft eingesetzt wird. Es ging ja dann weiter. Nach dem zweiten Krisengipfel gab es noch mal 20 Milliarden; es gab im November noch mal 30 Milliarden und am 11. Februar 52 Milliarden. Wir sind insgesamt bei 100 Milliarden.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Was lesen Sie denn
da vor?)

In dieser Folge, wo weiterhin Kreditgarantien fällig wurden: Waren das auch Äußerungen oder Stirnrunzeln der Kanzlerin, Stirnrunzeln des Bundesfinanzministers, oder gab es da massiv weiterhin Probleme in Ihrem Unternehmen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Erstens bin ich zurückgetreten - ich glaube, am 10. Oktober -, sodass es danach nicht mehr mein Unternehmen war.

Zweitens, um auf diese Bemerkung der 20 Milliarden Commercial Paper einzugehen: Ich glaube, mich erinnern zu können, das in diesen Tagen gehört zu haben und sofort

den Finanzvorstand dazu befragt zu haben, der sofort aus der Pistole geschossen sagte: Das ist eine komplette Fehlinformation; denn wir geben über die DEPFA überhaupt keine Commercial Papers heraus. Wir hatten überhaupt kein Commercial-Paper-Programm.

Ich muss nun sagen - ich bin ja nun nicht in die Tagesgeschäfte des Instituts verwickelt gewesen; dies ist eine ganz wichtige Aussage; ich hoffe, dass man das hier verifizieren kann -: Ich glaube, mich erinnern zu können, aus den ersten Unterlagen Oliver Wymans, um hier den Gap, den Unterschied zwischen 35 Milliarden und 50 Milliarden zu erklären, so wie ich es in meinem Eingangstatement gemacht habe - verschiedenste Formen an zusätzlichem Bedarf, an Liquidität oder am Collateral aus den verschiedensten Ecken, das wurde von Oliver Wyman so bestätigt: Da war kein 20 Milliarden Commercial-Paper-Programm drin. Da bin ich mir ziemlich sicher.

Nächster Punkt: Es entzieht sich meiner Kenntnis, ich habe keine Information über die Geschäfte, die weiterhin liefen, nach dem 10. Oktober bis zum Jahresende. Aber dass da natürlich Fälligkeiten waren, entweder Pfandbriefe oder Termingelder oder Repo, Repurchase Agreements, was auch immer - - Das konnte ja in dieser Situation - das war auch bei vielen anderen Banken der Fall gewesen - nur mithilfe und Unterstützung des Staates, sprich: über die Garantien etc., gemeistert werden.

Ich darf noch mal daran anknüpfen, was ich vorher gesagt hatte: Es drehte sich ja um Liquiditätsbeschaffungen, die einer guten Aktiva-Finanzierung dienen, und wenn das alles schließlich und endlich in ein oder zwei Jahren hoffentlich abgewickelt ist, dann wird man hoffentlich mit plus oder minus null herauskommen. Und gestatten Sie mir auch, zu sagen - -

Nina Hauer (SPD): Jetzt ist das dann abgewickelt?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Wenn es ganz abgewickelt ist, ja, also im Going Concern, in einem Unternehmen, das weiter läuft, so wie es geplant war.

Nina Hauer (SPD): Herr Viermetz, wird es jetzt abgewickelt, oder läuft es weiter?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Es läuft weiter, aber es gibt völlig - -

Nina Hauer (SPD): Die Zukunftsperspektive ist nicht der Gegenstand des Untersuchungsauftrages dieses Ausschusses, Herr Viermetz, bei allem Respekt.

Ich habe den Eindruck, dass nicht die Deutsche Bank - das wäre mir zumindest neu - und deren Prüfer sich im Strafverfahren befinden, sondern insbesondere Herr Funke und Sie. Das haben Sie ja vorhin geschildert. Vielleicht waren die Prüfergebnisse, die die Deutschen Banker in Dublin hervorgebracht haben, der Grund dafür, dass Sie selber über den Bericht - also nicht Sie persönlich, sondern die Hypo Real Estate Group - in der Presseerklärung vom 8. Oktober zu dem Bericht der *FTD*, wo gesagt wird, Sie lassen Vorwürfe gegen die Bundesregierung prüfen, ob die selber zu diesem zweiten Rettungspaket beigetragen hat mit ihren Äußerungen, dass dieser Bericht falsch und ohne jede Substanz sei - - War das vielleicht der Grund, warum dieses Thema gleich wieder abgeräumt wurde, weil Ihnen klar war, dass natürlich diese Situation, dass man noch mal was findet, was vorher vom Vorstand nicht angegeben wurde, dass es das in Wahrheit war, was zum zweiten Rettungspaket geführt hat?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Aus meiner Sicht kann ich Ihnen nur sagen: Nein, ganz und gar nicht. Als ich diese Information bekam, dass Überlegungen angestellt werden würden, entsprechend gegen das Bundesfinanzministerium vorzugehen, war für mich vollkommen klar, dass das absurd ist. Denn genauso wie Sie habe ich selbstverständlich die Rolle des Bundesfinanzministeriums innerhalb dieser gesamten komplizierten Lösung gewürdigt und diese Hilfestellung entsprechend respektiert und dankbar entgegengenommen.

Nochmals: Ich glaube nicht, dass HRE wissen konnte, dass Lehman kommen würde. - Nummer eins.

Nummer zwei: In so einer Situation kann man, glaube ich, schon darauf bauen, dass entsprechenderweise Hilfe organisiert wird. Es drehte sich ja nicht um Insolvenz, sondern es drehte sich um potenzielle Illiquidität. Und dazu kam eben leider dieser Ausspruch des Bundesfinanzministers. Und ich habe Ihnen nur erklärt, wie die Reaktionen des Marktes darauf waren. Ihre Erklärung des Aktienkurses, die ich absolut bestätige, reflektiert nun den größeren Rahmen des Ganzen, in dem das abgelaufen ist. So sehe ich es.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön, Herr Viermetz. Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Dr. Schick vom Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Noch mal zur Erinnerung. Wir hatten ja am Dienstag, den 30.09., auch Fraktionssitzungen, wo es unterschiedliche Aussagen von Vertretern von Bundesregierung und Bundesbank zu der Frage Abwicklung und Zukunftsperspektive gab, was auch uns Abgeordnete etwas irritiert hat.

Aber meine Frage geht in eine andere Richtung. Sie haben gesagt, die Bundeskanzlerin war irgendwie beteiligt, telefonisch. Können Sie aus den Informationen, die Sie erhalten haben, sagen, wer die Bundeskanzlerin eigentlich in die Gespräche eingeschaltet hat, wie es dazu kam?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nein, das kann ich leider nicht. Ich war ja nun wirklich in München ganz weit weg von der Situation.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich habe nur später darüber gelesen, dass ein Herr ... (akustisch unverständlich) mobilisiert wurde etc. Aber ich selbst kann Ihnen wirklich keine Details dazu nennen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist Ihnen berichtet worden über die Rolle von Finanzminister Steinbrück im Rahmen dieses Wochenendes? Denn Sie hatten ja jetzt über manche Akteure Informationen vom Vorstand und den Anwälten von Shearman & Sterling. Was ist Ihnen da von der Rolle von Finanzminister Steinbrück berichtet worden?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Aus meiner Sicht und der Berichterstattung an mich war es klar, dass ab Sonntagabend 6 Uhr aktive Mitarbeit des Bundesfinanzministeriums gegeben war. Meine Conclusio war gewesen, dass das Bankenkonsortium die Sache nicht schultern konnte, was ja unter den Umständen durchaus erklärlich war, dass hier ein weiteres, ein größeres Paket gefunden werden musste. Aber die Frage nach den Details, wie das abgelaufen ist, muss ich ehrlich

sagen, muss man eher einem Herrn Ackermann oder anderen stellen. Dazu kann ich leider nichts sagen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist Ihnen etwas berichtet worden, wer innerhalb des Konsortiums sozusagen der entscheidende Verhandlungsführer war?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Da würde ich schon sagen, der Eindruck war, dass Herr Ackermann sich hier stark engagiert hatte. Es war ja auch nicht umsonst, dass dem Vorstand das Signal gegeben worden war von den Aufsichtsbehörden - ich weiß nicht mehr genau, von wem, aber von den Aufsichtsbehörden -, als erste Reaktion auf unsere Entscheidung, uns transparent zu machen, uns zu dekorieren, dass uns bedeutet wurde, zur größten privaten deutschen Bank zu gehen, nämlich zur Deutschen Bank.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, schon vor diesem Rettungswochenende gab es ja Gespräche mit der Deutschen Bank; und bei diesen Verhandlungen am Rettungswochenende war auch Herr Ackermann der zentrale Wortführer in dem Bankenkonsortium nach Ihrer Einschätzung?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nach meiner Kenntnis der Dinge war Herr Ackermann persönlich mit dabei auf der BaFin-Fazilität in Oberursel, genauso wie Herr Sanio. Ich glaube, mich erinnern zu können. Später kam Herr Zeitler, wurde mir erzählt. Es ist so, dass Herr Wieandt als Teamleiter der Deutschen Bank alle Zahlen der HRE an der Hand hatte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Herr Wieandt war auch dabei, und er war informiert?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord. - Können Sie uns erklären, warum die privaten Banken eigentlich die Rettung nicht übernehmen konnten? Denn uns ist geschildert worden, dass die Bundesregierung mit der Erwartung in die Verhandlungen gegangen ist, dass es eine private Lösung gibt.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich glaube, man muss sich die Lage der Bankenindustrie und der Banken insgesamt in diesen Tagen vor Augen führen. Sie waren so total mit sich selbst beschäftigt, sie mussten so fokussiert alle selber arbeiten, um sicherzustellen, dass sie ihre Liquidität hatten, dass dieses Geschäft oder jenes Geschäft noch gemacht werden konnte, sodass diese zusätzliche Aufgabe, die vielleicht normalerweise, wenn kein Finanzcrash gewesen wäre, durchaus von den privaten Banken hätte gelöst werden können, für die gesamte Führung des privaten Bankgewerbes einfach zu viel war.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Einlagensicherung der privaten Banken, hätte die eine Rolle spielen können?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Meine Antwort ist: Hier ging es um Liquiditätsüberlegungen. Es ging also nicht um Ersatz oder Garantien für Termineinlagen, Spareinlagen, Geldeinlagen, die fällig werden würden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord, verstehe. - Sie haben gesagt, Sie haben die Gesellschaft Oliver Wyman beauftragt, diesen Gap zu analysieren, und Sie haben uns von ersten Antworten auf diese Frage berichtet. Kennen Sie denn auch das Schlussergebnis dieser Untersuchung, die ja dann offensichtlich nach Ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erst fertiggestellt werden konnte?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Leider nein; denn ansonsten könnte ich noch präziser auf die Fragen und Bemerkungen der Dame, die die SPD vertritt, geantwortet haben.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wissen Sie, ob die Untersuchung wirklich abgeschlossen worden ist?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das kann ich Ihnen auch nicht bestätigen. Das war alles nach mir. Ich war derjenige, der die Sache noch initiierte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und erteile nunmehr Herrn Willsch von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Viermetz, Sie kennen Herrn Asmussen ja schon langjährig. Ist das richtig?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich hatte ja viele Mandate in meinem Leben, in meiner damaligen anderen Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Börse, ja.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Asmussen war ja auch mit Finanzmarktgesetzgebung usw. befasst und damit natürlicher Gesprächspartner für einen Aufsichtsratsvorsitzenden der Börse. Haben Sie in dem Zusammenhang auch mit ihm über seine Frau gesprochen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Habe ich in dem Zusammenhang mit ihm über was?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Über seine Lebensgefährtin gesprochen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nein, das - - Ich wusste um die Konstellation, aber - -

(Nina Hauer (SPD): Ist das Privatleben von Herrn Asmussen Thema des Untersuchungsausschusses? Das würde ich jetzt gerne mal geklärt haben!)

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Nein, ich will die Gelegenheit nutzen, um Dinge, die da zusammengesetzt werden in der Öffentlichkeit, geradezurücken.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wiederholen Sie bitte Ihre Frage, damit ich sie noch einmal genau kontrollieren kann.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ja. Vielleicht sage ich gleich, worauf ich abziele: Es ist in den Medien berichtet worden, dass Herr Asmussen im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit durch mögliche Interessenkollisionen, durch die Tätigkeit seiner Frau, die Repräsentantin der Börse in Berlin ist, einige Aufgaben nicht wahrnehmen muss, sondern von Gatzert wahrnehmen lassen muss.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich glaube, dazu kann der Zeuge keine Auskünfte geben.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Dazu könnte ich ihn ja fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Becker, bitte.

MR Markus Becker, BMF: Ich frage mich, inwieweit das Untersuchungsgegenstand ist; denn die Partnerin von Herrn Asmussen arbeitet sicherlich nicht bei der HRE.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Eben, das denke ich auch. Von daher bitte ich darum, die Frage zurückzuziehen, Herr Willsch.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Bitte. - Ich frage dann weiter, ob Ihnen bekannt ist, Herr Viermetz, dass das Thema Verjährung möglicher Ansprüche aus der Abtrennung, aus der Aufspaltung HypoVereinsbank immer wieder im Zusammenhang mit dem Zeitdruck und dem Termin der Rettung genannt wurde?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Da kann ich Ihnen eine ganz klare Antwort geben: Das ist während dieser ganzen Tage und Wochen der Finanzkrise, in die HRE so verwickelt war, nie erwähnt worden und hat auch mich nie tangiert.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Treffen Informationen zu, die wir im Rahmen dieser Arbeit hier erhalten haben, dass Herr Sanio über Verantwortliche der Hypo Real Estate einen Vorstoß initiiert hat, dass Finanzholdings auch unter die Finanzaufsicht gestellt werden?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Finanzaufsicht, damit meinen Sie - -

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Bankenaufsicht, die BaFin, im Sinne vom KWG.

Zeuge Kurt F. Viermetz: KWG - im Sinne wie eine Holding behandelt werden soll?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Eine Ausdehnung der Bankenaufsicht auf Finanzholdings.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das Einzige, was ich Ihnen dazu sagen kann, Herr Abgeordneter, ist die Tatsache, dass ich aus der Berichterstattung durch den Vorstandsvorsitzenden seit langem wusste, dass mit BaFin darüber im Dialog gesprochen wurde und dass wir aus der Sicht der HRE eher früher als später einen Schritt zur Erfassung der Holding in der Berichterstattung an die Aufsichtsbehörden unter dem KWG, unter einem veränderten KWG, herbeigeführt sehen wollten. Also, wir waren von Anfang an dafür, dass das so gemacht werden sollte. Wir haben es ja intern im Hause für uns selber gemacht und wussten, dass BaFin sich dazu Gedanken machte. Aber das ist alles, was ich dazu sagen kann.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): In Wikipedia findet sich folgender Eintrag zu Ihnen:

Seit 2003 ist er Aufsichtsratsvorsitzender der Hypo Real Estate Holding AG. Nach 2008 bekannt gewordenen erheblichen Fehlspekulationen trat Viermetz nach dem Rücktritt des HRE-Vorstandsvorsitzenden ebenfalls am 10. Oktober 2008 von diesem Amt zurück.

Finden Sie Ihr Wirken bei der Hypo Real Estate damit richtig gewürdigt?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich muss Ihnen sagen: Ich habe ja versucht, in meiner Präsentation zu zeigen, dass Hypo Real Estate Holding ein durchaus solide geführtes Unternehmen gewesen war, dass kein Mensch unter uns - oder ich wüsste keinen - wirklich dachte, dass die Vereinigten Staaten Lehman, und zwar Lehman so vernetzt mit dem Rest der Welt über das Derivatengeschäft, fallen lassen würde, dass daraus diese Konsequenzen entstehen würden, die ja nun das Geschäftsmodell der Hypo Real Estate reflektierten, nämlich sich nur auf institutionelle Geldquellen zu verlassen.

Das berührt mich natürlich schon, wenn ich so etwas höre. Denn das kann ich Ihnen wirklich sagen: Die Hypo Real Estate Holding war keine Spekulationsbude; das ist wirklich weit weg von der Realität. Alle Berichte - Jahresberichte, alle Berichte an die Aufsichtsbehörden, alle Berichte der Wirtschaftsprüfer - sind testiert worden, sind bestätigt worden. Ich darf noch mal wiederholen: Ich habe als Aufsichtsratsvorsitzender

nie irgendeine Indikation erhalten, dass das Geschäftsmodell der HRE aus diesem oder jenem Grunde überdacht werden sollte oder dass das Liquiditätsmanagement der HRE hier gefährliche Wege gehen würde - ganz und gar nicht. Das tut schon weh.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Sie wissen, dass man Einträge bei Wikipedia, wenn man sozusagen Gegenbeweise antreten kann, ändern lassen kann. Haben Sie das je versucht?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Sie sind der Erste, der mir das so zitiert.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Okay. - Um das noch einmal deutlich zu machen: Mir ging es ja nicht um irgendwelche Ausspürungen von persönlichen Verhältnissen, mir ging es um eine andere Frage. Und ich habe noch eine formuliert, die wohl so richtig ist. Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, sie Ihrer besonderen Aufmerksamkeit zu unterziehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, wobei die Wikipedia-Frage wohl auch nicht vom Untersuchungsausschussthema abgedeckt war.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Kam es aufgrund Ihrer gemeinsamen Tätigkeit bei der Deutschen Börse AG mit Frau Peucker zu Treffen, Gesprächen mit Herrn Asmussen, und ist hierbei über die Situation der Hypo Real Estate gesprochen worden?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nein, nie.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke. - Jetzt Herr Hirte für die CDU/CSU.

Christian Hirte (CDU/CSU): Herr Viermetz, ich möchte gerne auf die Situation um die Rettungsaktion am letzten Septemberwochenende zurückkommen. Ich habe zunächst eine Verständnisfrage. Sie hatten relativ am Anfang - wahrscheinlich sogar gleich in Ihrem Eingangsstatement - ausgeführt und gerade noch einmal bestätigt, dass aus Ihrer Sicht die HRE dem Grunde nach ein solides Unternehmen war. Und ich meine, mich erinnern zu können - und das habe ich nicht verstanden -, dass Sie ausführten, dass selbst nach Lehman, also

selbst nach dem 15. September, Sie eigentlich in der Lage gewesen wären, kurzfristige Finanzierungen zu bekommen, dass Sie nur nicht in der Lage waren, das langfristig abzusichern. Können Sie mir das noch mal ausführen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja, das waren ja verschiedene Fragen, auf die ich geantwortet habe. Ich glaube, mich erinnern zu können, dass ich am Beispiel der Situation der HRE bzw. der DEPFA nach Lehman im Zusammenhang mit der These über Fristentransformationen - die Frage kam vom Abgeordneten der Linken, dass das doch alles schon vorher bekannt gewesen sei, gefährlich gewesen sei - nur darauf aufmerksam machte, dass die Finanzierungsstruktur der DEPFA über die Jahre hinweg konstant geblieben war. Sie erinnern sich an die plus oder minus 50 Prozent langfristige Refinanzierung, 30 Prozent plus oder minus der Repurchase Agreements, also gegen Lieferung von Staatspapieren, die wir natürlich hatten, und 20 Prozent - und darum geht es - der unbesicherten Einlagen, die wir entgegengenommen hatten von der Zentralbank von einem kleinen Kreis von Geschäftspartnern auf der ganzen Welt. Mit dieser Bemerkung, dass wir auch nach Lehman - auch etwas zu meiner Überraschung - fähig gewesen waren oder wären - denn ich weiß gar nicht, ob wir das Geld angenommen haben -, die Möglichkeit hatten, einige Milliarden - ich glaube, mich erinnern zu können, dass der Vorstandsvorsitzende mir mal sagte, danach noch, oder der Finanzvorstand, dass das bis zu 10 Milliarden Dollar oder Euro ging - Liquidität hereinzunehmen. Nur, es war kurzfristiger Art, weil selbst die uns gewogenen Geschäftspartner in diesem riesigen, panikartig reagierenden globalen Markt natürlich nicht daran dachten, mittelfristiges Geld zu geben. Es war ja schon eine große Tat, wenn man Geld über Nacht bekam - auch für die Großbanken, nebenbei bemerkt. - Habe ich das richtig beantwortet?

Christian Hirte (CDU/CSU): Jetzt muss ich aber noch mal nachfragen: Sie sagen, Sie hätten vielleicht etwa 10 Milliarden Euro auch noch kurzfristig bekommen.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja.

Christian Hirte (CDU/CSU): Jetzt war doch aber ihr Geschäftsmodell ohnehin so

ausgerichtet, dass Sie sich immer relativ kurzfristig finanziert haben. Was hat diese kurzfristige Finanzierung so von der vorhergehenden kurzfristigen Finanzierung unterschieden? Oder hätte unterschieden; es ist ja dann nicht dazu gekommen.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Erste Antwort darauf: Die gesamte Gruppe war ja an dem Tag nach Lehman drei Wochen vorfinanziert, durchfinanziert, brauchte kein Geld. Uns ging es darum, die Aufsichtsbehörden darauf aufmerksam zu machen, angesichts unseres Geschäftsmodells, dass, wenn die Märkte geschlossen bleiben sollten, was wir am ersten und zweiten Tag natürlich noch nicht wussten, dann ein Systemrisikoproblem auf den Finanzplatz Deutschland zukommen sollte.

Zweiter Punkt: In der Policy des Liquiditätsmanagements der DEPFA stand auch - soweit ich mich erinnern kann - der Satz, dass man sich nie auf Tagesgeldrefinanzierung verlassen sollte, spricht, dass in dieser Berichterstattung über die Ein- und Ausgänge der Gruppe wir nicht ganz kurzfristig an den Markt gehen müssen, um Geld zu erhalten, sodass - wenn Sie das beides zusammennehmen - diese Angebote uns so oder so nichts genutzt hätten - aber sie waren eine Demonstration der Unterstützung für uns -, denn das Geld haben wir ja gar nicht gebraucht. Wir hätten es gebraucht, wenn das Geld uns für vier oder fünf Wochen angeboten worden wäre, verstehen Sie, wenn es über diese drei Wochen hinausgegangen wäre.

Christian Hirte (CDU/CSU): Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, gibt es kurzfristige und ganz, ganz kurzfristige Finanzierungen, und mit den ganz, ganz kurzfristigen konnten Sie nichts anfangen.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das hängt mit den Fälligkeitsstrukturen zusammen. Auf die ganz kurzfristigen wollten wir uns sowieso nicht verlassen, und die kurzfristigen haben wir nicht gebraucht, weil wir ja für drei Wochen durchfinanziert waren.

Christian Hirte (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt nunmehr noch Herr Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Viermetz, wenn ich noch mal auf meine Fragestellung zurückkommen darf, was Kenntnis und Zustimmung der Bundeskanzlerin anbelangt: Ich habe jetzt hier von Shearman & Sterling, Büro Frankfurt, eine Liste der Anwälte. Könnten Sie vielleicht anhand der Liste die Leute namentlich machen, von denen Sie den Eindruck hatten, die Ihnen vermittelt haben, das sei so gewesen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Haben Sie die Liste auch, oder soll Herr Dautzenberg sie Ihnen vorlegen lassen? - Vielleicht ist das eine Hilfe.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Der eine hieß Herr Thoma. Das ist der Seniorsozius. Der andere hieß Dr. Kossmann, glaube ich.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Vielleicht wird es ja leichter, wenn Sie es optisch vor sich haben.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich bin gerne dazu bereit.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge blättert in den Unterlagen)

Tut mir leid, der Zweite steht nicht drauf. Der Zweite steht auf dieser Liste nicht drauf. Der erste ist Georg F. Thoma.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Vielleicht noch nicht Sozius.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Der Zweite - - Das müsste ich nachschauen, soweit ich irgendwelche Unterlagen dazu habe, oder ich müsste jemanden fragen. Aber, wie gesagt, ich bitte auch, meine Bemerkungen nicht überzubewerten. Ich habe ja auch gesagt, dass ich es auch noch aus den Zeitungen weiß. Es ist so viel an dem Abend gelaufen, ich war mit dem Aufsichtsrat jede Stunde am Telefon zusammen, weil ich dachte, dass entsprechenderweise die Bestätigung der Lösung kommen würde, und da kamen viele Kommentare rein, die ihrerseits die Aufsichtsräte, die ihrerseits vernetzt waren - - Zum Beispiel kann ich mich erinnern, dass unser niederländischer Aufsichtsrat, prominenter Niederländer, über die Fortis-Sache mir Informationen zurief. Insofern darf ich Sie bitten, das einfach in diesem Kontext zu

nehmen, dass mir das gesagt wurde. Mehr dazu weiß ich nun wirklich nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt nunmehr Herr Kollege Hirte für die CDU/CSU-Fraktion.

Christian Hirte (CDU/CSU): Ich will noch einmal auf die vorhin von meinem Kollegen Willsch angesprochene Thematik zurückkommen, nämlich auf die Problematik der Überwachung von Holdings. Sie hatten ja gesagt, Sie selbst hatten das Thema nicht angegangen. Ist Ihnen bekannt, ob innerhalb der HRE jemand anderes versucht hat, eine Änderung der Finanzmarktgesetze zu erreichen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich wiederhole: Unser Vorstandsvorsitzender hat mir mehrmals berichtet, dass er in der Diskussion mit BaFin klar zum Ausdruck brachte, dass wir, die HRE, für eine Änderung des KWG plädieren würden in dem Sinne, dass Holdingstrukturen mit eingefügt werden in die Berichterstattung von BaFin. Was nun BaFin seinerseits machte, dazu kann ich nicht Stellung nehmen. Das weiß ich auch nicht. Aber wir waren - - Das habe ich auch meinerseits als Aufsichtsratsvorsitzender befürwortet; aber es ergab sich für mich nie die Gelegenheit, dazu in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Frage mehr? Dann verschenken Sie 14 Sekunden, Herr Hirte.

Ich erteile nunmehr Herrn Schäffler von der FDP-Fraktion das Wort.

Frank Schäffler (FDP): Herr Viermetz, ich will noch mal auf den Komplex der Aussage des Finanzministers mit der Abwicklung zurückkommen, also zu seiner Aussage, dass die Bank abgewickelt wird. Frau Hauer hat ja auch gerade festgestellt, dass die Vorwürfe doch sehr gravierend sind. Kann man das denn irgendwie quantifizieren, was diese Aussage für die HRE bedeutet hat, was das Rating betrifft oder was fehlende Refinanzierungsmöglichkeiten betrifft?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nun bin ich natürlich nicht - das ist nicht meine Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender, wie Sie wissen - in tägliche Geschäfte verwickelt, selbst nicht in

so einer Situation. Ich kann Ihnen nur bestätigen - und in dieser Situation wurde mir ja jeden Tag berichtet, manchmal alle Stunden, alle zwei Stunden -, was aus der Sicht des Vorstands in der Geschäftsverbindung mit den Partnern der HRE im Markt passierte, als sie diese Aussage des Finanzministers gelesen hatten.

Frank Schäffler (FDP): Haben sich dann Einzelne aus Geschäften zurückgezogen? Nennen Sie doch mal ein paar Fakten dazu.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich würde sagen, dass Ihnen die zuständigen Vorstandsmitglieder bestätigen können, dass es nicht nur schwierig geworden war, sondern mit vielen der Partner unmöglich war, Devisengeschäfte zu machen oder Geldeinlagen zu erhalten, reguläres Geschäft, was man im Interbankengeschäft macht, auszuführen.

Frank Schäffler (FDP): Das war vorher möglich, und -

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja, natürlich.

Frank Schäffler (FDP): - als die Aussage - - Also, das war am Tag vor der Aussage des Finanzministers möglich, und danach war das nicht mehr möglich.

Zeuge Kurt F. Viermetz: An dem Tag nach Lehman begannen ja die ganz großen Schwierigkeiten für alle Banken dieser Welt, miteinander Geschäfte zu betreiben; aber im speziellen Einsatz mit Partnern, die man kannte usw. oder wo eingefahrene Fazilitäten bestanden, hat man das Geschäft - Zahlungen, Devisengeschäft, nicht unbedingt Geldeinlagen - machen können, auch Repurchase Agreements noch gemacht. Das wurde unglaublich schwierig nach zum Ersten der in dieser dritten Woche großen Panik und zum Zweiten aufgrund - -

Frank Schäffler (FDP): Und hätte der Finanzminister seine Aussage am Dienstag in den Fraktionen nicht wiederholt oder sogar relativiert, hätte das dazu geführt, dass sich die Situation beruhigt hätte?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Vielleicht. Das kann ich nicht beantworten. Vielleicht.

Frank Schäffler (FDP): Dann habe ich noch eine Frage: Wer hat denn über die Situation an dem besagten Wochenende wen informiert? Hat die Hypo Real Estate die Bankenaufsicht informiert über die Liquiditätsschwierigkeiten, oder hat die Bankenaufsicht angefragt?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Sie meinen nach Lehman in dieser ersten Woche?

Frank Schäffler (FDP): Ja.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Die Antwort ist ganz klar: Das war HRE, die zu den Aufsichtsbehörden ging, um zu deklarieren, wo HRE steht, nämlich einstweilen durchfinanziert für drei Wochen; aber bitte, wenn die Märkte geschlossen bleiben, so, wie man es andeutungsweise interpretieren konnte, dann werden sich Systemrisiken herausstellen, die man behandeln müsste, siehe die Position der HRE im Pfandbriefgeschäft, im Schuld-scheingeschäft in Deutschland, oder, falls es zum Schlimmsten kommen würde, im Sinne des Impacts für den Einlagensicherungsfonds.

Frank Schäffler (FDP): Dann habe ich nur noch eine Frage - -

Zeuge Kurt F. Viermetz: Und, wie gesagt, das war vom Vorstandsvorsitzenden an die Aufsichtsbehörden und meinerseits an Herrn Zeitler bei der Bundesbank.

Frank Schäffler (FDP): Okay. - Hat denn nach Ihrem Kenntnisstand der Bundesfinanzminister noch bei einem anderen Institut von Abwicklung in der Vergangenheit gesprochen? Wir hatten ja mehrere Schief-lagen, IKB, Düssel Hyp usw. Ist nach Ihrem Kenntnisstand da auch von Abwicklung gesprochen worden?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nicht, dass ich wüsste.

Frank Schäffler (FDP): Okay.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt nunmehr Herr Wissing von der FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe noch eine Frage, Herr Viermetz, zu den EDV-Systemen, die die HRE betreibt. Sie sprachen

chen vorhin von zweien: dem der DEPFA und dem der HRE. Ist es nicht möglich, dass die HRE selbst auf weitere EDV-Systeme zurückgreift, die noch aus den Instituten stammen, aus denen sie zusammengesetzt wurde?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Sie haben sehr recht. Ich wollte einfach nur eine vereinfachte Erklärung abgeben. Man muss in der Tat die Situation der HRE betrachten: gegründet 2003, drei Banken, die aufgehängt waren unter der Holdingstruktur, nämlich eine Bank in München für das nationale Geschäft, eine Bank in Stuttgart für einen Teil des internationalen Geschäfts, eine Bank in Dublin für den großen Rest des internationalen Geschäfts. Da war natürlich von 03 an der Fokus des Managements zuerst, das zu konsolidieren, sprich: Dublin und Stuttgart. Das führte dazu - das hatte ich ja angemerkt -, dass, im Gegensatz zu all diesen Kommentaren, die hier zu dem Thema Dublin auch für die HRE angewandt wurden, wir nicht nach Dublin gegangen sind wegen der Steuer oder weniger Regulierung, sondern weil wir eine Lizenz hatten vom ersten Moment an.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Viermetz, sind das insgesamt vier EDV-Systeme, die da betrieben wurden oder betrieben werden?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Drei plus das für die Holding, was natürlich nur eine Konsolidierung war.

Dr. Volker Wissing (FDP): Und kann man sagen, dass es kein optimaler Zustand ist, dass eine solche HRE vier EDV-Systeme hat?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja. So ist es, und aus diesem Grunde war der Fokus darauf gerichtet, das sobald wie möglich zu konsolidieren.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das ist aber noch nicht gelungen bisher?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Nein, nein, nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Darf ich gleich dazu noch eine Nachfrage stellen - -

Zeuge Kurt F. Viermetz: Entschuldigung, es war gelungen in Sachen des Transfers des gesamten internationalen Commercial-Real-Estate-Geschäfts von Dublin nach Stuttgart. Das war schon eine Konsolidierung.

Dr. Volker Wissing (FDP): Darf ich dazu noch eine Nachfrage stellen, um das abzurunden - wegen der Zeit?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, machen Sie es bitte.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist es zutreffend, dass die Tatsache, dass da vier verschiedene EDV-Systeme betrieben worden sind, die Liquiditätsbedarfsberechnung erschwert in einer solchen Bank?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich will mal sagen: Es hat die Erfassung der Liquidität natürlich nicht vereinfacht. Aber darum wusste natürlich das Management, und es hat alle möglichen Hilfestellungen dazu gegeben, diese Probleme zu managen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Viermetz, und erteile nunmehr Nina Hauer von der SPD-Fraktion das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Viermetz, wenn man Ihre Biografie anguckt, kann ich mir schon vorstellen, wie das ist, wenn am Ende ein Unternehmen, in dem Sie Aufsichtsratsvorsitzender sind, zum Staat gehen muss und sagen muss: Gib mir Garantien, sonst gehe ich um. - Dass Sie und Herr Funke dann versuchen, noch jemand anderem die Schuld in die Schuhe zu schieben, mag menschlich sein; politisch finde ich das doch sehr riskant.

Ich will Sie aber was fragen zu Ihren Auffassungen, wie das eigentlich abgelaufen ist bei diesem ersten Rettungspaket: Ist Ihnen bekannt, dass es zunächst so war, dass die BaFin und die Bundesbank die Erwartung hatten, dass der private Bankensektor eine eigene Lösung findet und die Rettung alleine finanziert? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich hatte den Eindruck - ich muss es so formulieren, weil ich über dieses Thema nicht mit einem Herrn Ackermann oder mit einem Herrn Müller

gesprochen hatte -, dass es der Wunsch der Aufsichtsbehörden war, das zu realisieren. Aber ich hatte vorhin, glaube ich, schon dazu gesagt, dass man nun berücksichtigen muss, dass das alles in der größten Finanzkrise seit 1945 stattfand und dass die ganzen Herrschaften alle ihre eigene Liquidität genauestens betrachten mussten und alle möglichen anderen Herausforderungen vor sich liegen hatten, sodass ich durchaus nachvollziehen kann, warum das private Bankensystem dem nicht nachfolgen konnte und das nicht tun konnte, was vielleicht ohne Finanzkrise durchaus hätte die Lösung sein können.

Aber ich möchte auch dazu sagen, wie ich vorhin vorgetragen hatte: In vielen anderen Ländern ist das alles wesentlich einfacher und wesentlich schneller entschieden worden. Damit will ich nicht Kritik an dem üben, wie wir es in der Bundesrepublik gemacht haben, sondern damit nur sagen, dass es schon schwierig wurde für die HRE, sich von Tag zu Tag durchzuschlängeln, wo die ganze Welt sah: Aha, die Iren haben das gemacht, um denen zu helfen, die Franzosen haben das gemacht, um denen zu helfen, Belgien, Niederlande, Luxemburg haben das gemacht für Fortis - -

Nina Hauer (SPD): Mir geht es jetzt um das Wochenende, Herr Viermetz.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ja, aber das war auch an dem Wochenende, alles gleichzeitig, verstehen Sie.

Nina Hauer (SPD): Ja, aber Sie haben ja eben selber gesagt, dass die Banken selber kein Interesse daran hatten, dass ihre Beteiligung allzu hoch ausfallen würde. Ich würde Ihnen in der Einschätzung gar nicht widersprechen wollen. Trotzdem: Sind Sie nicht der Meinung, dass die Bundesregierung ein öffentliches Interesse und auch die öffentliche Rolle hat, dafür zu sorgen, dass die Garantie, die durch Steuerzahlergeld gegeben wird, trotzdem möglichst klein bleibt und die Beteiligung der Privatbanken möglichst hoch?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Sehen Sie, die Tatsache, dass das erste Rettungspaket zustande kam und dass es zwar eine komplizierte Struktur, aber eine Struktur war, die privaten Banken - es war ja, glaube ich, eine Versicherung mit dabei - und der Bund, das war an dem Sonntagabend oder Montag-

morgen eine gute Lösung; da gibt es gar keinen Zweifel.

Nina Hauer (SPD): Aber Herr Viermetz, wenn die Banken Interesse daran hatten, ihre Beteiligung aufgrund der auch für sie unwägbarer Situation möglichst klein zu halten und zunächst mit den beiden Aufsichtszuständigen Bundesbank und BaFin zusammenkamen, um über ihre Beteiligungshöhe zu verhandeln, und wenn es richtig ist, dass die Bundeskanzlerin als die Obhut über die Steuergelder Ausübende Interesse daran hat, genauso wie der Bundesfinanzminister, die Beteiligung der öffentlichen Hand möglichst gering zu halten, wäre es dann wirklich eine geschickte Verhandlungsstrategie gewesen, wenn die Bundesregierung mit der Spitze des Bundesfinanzministeriums schon am Freitag bei den Verhandlungen zugegen gewesen wäre? Hätte das nicht viel eher dazu geführt, dass die Bundesregierung direkt angesprochen worden wäre von den privaten Banken: Wie viel gebt ihr denn? - Wäre das unter rein geschäftsstrategischen Überlegungen eine intelligente Planung gewesen zu sagen: Wir gehen von Anfang an da hin?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich habe das ja so überhaupt nicht kommentiert. Ich habe nur gesagt, dass der Herr Staatssekretär am Sonntagabend um 6 Uhr eingeflogen ist. Daraus darf ich Sie bitten nicht zu entnehmen, dass ich, sagen wir mal, definitiv der Meinung war - konnte ich ja gar nicht sein, weil ich ja nicht dabei war -, dass die Bundesregierung oder das Bundesfinanzministerium für die Bundesregierung nicht vorher schon in die Konsultationen eingebunden war. Ich nehme das schon sehr stark an, dass das gemacht worden war, zumindest von der Bundesbank und der BaFin gegenüber dem Bundesfinanzministerium. Dazu möchte ich, darf ich gar keinen Kommentar abgeben.

Nina Hauer (SPD): Wir wissen, dass das so war. Wir wissen auch, dass das auch das Bundeskanzleramt betrifft. Und wir wissen auch, dass es die Strategie der Bundesregierung war, die öffentliche Beteiligung erst dann mit ins Gespräch zu bringen, wenn deutlich ist, dass bei den Banken definitiv keine Verhandlungsmasse mehr drin ist, und das ist die erklärte Aufgabe der Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Fragen, fragen!

(Dr. Volker Wissing (FDP): Woher wissen Sie das?)

Nina Hauer (SPD): Wir haben ja in den vergangenen Tagen, Herr Wissing, von den Zeugen hier ausgiebig vernommen, wer alles einbezogen war, dass das BMF natürlich über den Gang der Verhandlungen informiert wurde, dass der Herr Weidmann informiert wurde und dass die einen Stand darüber hatten, aber dass sie persönlich mit der Spitze des Hauses erst am Ende angereist sind, um die Beteiligung kleinzuhalten.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie den Quellenbezug nennen?)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Es geht doch nur um die Frage, inwieweit der Zeuge das so bewerten kann. Es geht nicht darum, dass Sie jetzt die Meinung von Frau Hauer teilen, Herr Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist nicht der Punkt. Aber wir haben an anderer Stelle ja geguckt, dass wir - -

Nina Hauer (SPD): Ist das jetzt meine Fragezeit oder die von Herrn Schick?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist, glaube ich, gestoppt worden.

Nina Hauer (SPD): Sind Sie jetzt gleich der Co-Vorsitzende hier?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Nein, Frau Hauer.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Entschuldigung, es ist an anderer Stelle auch so gemacht worden, dass wir einen Bezug für das Protokoll hatten. Nichts anderes möchte ich kurz anmerken.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay. - Frau Hauer fragt weiter.

Nina Hauer (SPD): Ich gebe mein Fragerecht jetzt mal dem Herrn Spiller.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist dem jetzt stattgegeben worden oder nicht?)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich weiß nicht, welchen Bezug. Ich kann keinen Bezug zum Protokoll jetzt erzwingen. Ich weiß nicht, was hier gemeint ist.

(Zuruf der Abg. Nina Hauer (SPD) - Gegenruf des Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich meine Sie überhaupt nicht, Frau Hauer, sondern ich wende mich an den Vorsitzenden dieses Ausschusses und sage, wenn hier zitiert worden ist, dass wir etwas wissen, dass man den Quellenbezug herstellt, wie das an anderer Stelle auch gemacht worden ist!)

- Entschuldigung, Folgendes bitte schön:

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Moment, Moment! - Da sehe ich mich, ehrlich gesagt, nicht in der Pflicht. Frau Hauer hatte den Zeugen um eine Einschätzung zu einer Feststellung gebeten. Diese Einschätzung hat der Zeuge beantwortet. Dieses ist erfolgt - Punkt. Ob jetzt von Ihnen allen oder auch von mir oder von wem auch immer die Feststellung von Frau Hauer, Herr Pötzsch habe das gestern gesagt oder nicht, geteilt wird, ist Teil einer späteren Diskussion, meinewegen im Bericht oder im Feststellungsbericht. Von daher sehe ich jetzt keine Notwendigkeit, dieser Frage noch weiter nachzugehen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, man kann einem Zeuge etwas vorhalten, was andere Zeugen gesagt haben; das ist möglich. Aber wenn man sagt: „Wir wissen aus Zeugenaussagen, dass ...“, dann muss man auch sagen können, welcher Zeuge das so gesagt hat. Wenn nämlich kein Zeuge das gesagt hat, dann kann man das so nicht sagen. Man kann sagen: Ich habe Zeugen dahin gehend verstanden, dass ... Einverstanden! Aber meines Wissens hat Herr Pötzsch gesagt, es könnte sein, dass das eine kluge Strategie gewesen ist. Darin steckt noch nicht mal die Aussage, dass es eine Strategie war.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Dann bitte ich Frau Hauer um das Wort.

Nina Hauer (SPD): Ich bitte festzustellen, ob ich in der nächsten Runde die Gelegenheit habe, die Fragen der Kollegen zu kommentieren und zur Diskussion zu stellen. Ich finde das wirklich grenzwertig, was Sie hier machen, meine Herren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. Also, ich erteile jetzt Frau Hauer das Wort, ihre Befragung fortzusetzen, und jeder kann das dann für sich erledigen, bzw. ich erteile Herrn Spiller das Wort.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Viermetz, als Bankkaufleute in Deutschland noch nicht „Banker“ genannt wurden, gab es weitverbreitet eine alte Bankiersweisheit: Reich sein allein genügt nicht; man muss auch noch Geld haben. Das soll heißen für die Geschäftsführung einer Bank: Es reicht nicht aus, dass man Forderungen an Kunden guter Bonität hat, sondern man muss auch darauf achten, dass die Bank immer liquide ist.

Hat der Vorstand der HRE den Aufsichtsrat oder wenigstens Sie als den Aufsichtsratsvorsitzenden darüber informiert, dass die Bundesbank Anfang 2008 die HRE ersucht hat - anfangs wöchentlich und dann täglich -, über ihre Liquidität zu berichten?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Antwort ist klar: Ja, aber mit dem Zusatz, dass diese wellenartige Finanzkrise dabei war, sich weiter auszubreiten und HRE nur eines von mehreren Instituten war, bei denen die Bundesbank darum gebeten hatte.

Weiterer Kommentar meinerseits: Ich kann mich absolut nicht erinnern - - Nein, ich würde es sogar noch anders formulieren: Daraus konnte ich auf gar keinen Fall eine Indikation entnehmen, dass die Bundesbank über unsere Liquidität beunruhigt war, ganz und gar nicht. Es ging um das internationale Zahlungssystem, um diese auf- und abschwebenden Liquiditätssituationen in den gesamten Märkten und als Konsequenz - was durchaus verständlich war - die Entscheidung der Bundesbank, das anzufordern.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Es sind ja dann auch Beanstandungen bei dieser Prüfung durch die Bundesbank formuliert worden. Darunter gab es auch gewichtige, das ist die Kategorie 3. Dazu zählte - das hat uns auch die Bundesbank hier vorgetragen -, dass die

Risikosteuerung in der HRE als mangelhaft eingestuft wurde oder, sagen wir mal, als unzureichend eingestuft wurde.

Hat der Vorstand den Aufsichtsrat oder auch den Aufsichtsratsvorsitzenden über diese Beanstandungen informiert, und haben Sie auch über das Gespräch, das die Bundesbank, die Prüfer der Bundesbank, mit dem Vorstand geführt haben, Informationen bekommen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Antwort: Der 44er-Bericht ist aus ganz anderem Grunde gemacht worden, nämlich die Bewertungsmethoden für die Aktiva angesichts der großen Unruhe, Unsicherheit in den ganzen nationalen und internationalen Märkten, wie jede einzelne Bank vor allem strukturierte Wertpapiere bewertete, was ja Anlass des Aktienkursverfalls der HRE am 15. Januar 2008 aufgrund der Abschreibungen war, die vorgenommen worden waren. Die Überprüfung der Bewertungsprinzipien war ein Grund, warum der 44er gemacht worden ist. Der zweite: die Qualität dieser ganzen, zum Teil komplizierten Aktiva. Nachdem das ja ein Risikomanagementbericht war, der 44er, hatte das selbstverständlich alle Bereiche des Geschäftes der HRE betroffen.

Erste Antwort war: Es gab keine einzige F-4-Kritik; denn das wäre sofort eine Alarmstufe gewesen. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Das hat man mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Zweitens. Die Abarbeitung der ganzen Schwächen, die in diesem Bericht, der immerhin, was weiß ich, 180 Seiten hat, 160 Seiten hat, hat der Vorstand sofort in Angriff genommen, und zwar in einem Projektteam, in dem, wie ich schon sagte, auch die KPMG, der Wirtschaftsprüfer, mit eingeschlossen war. Dann wurde, nachdem der Bericht uns übergeben worden war, der Bericht sorgfältigst im Audit- und Finanzausschuss durchgelesen, analysiert, der Vorstand gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Das ist gemacht worden.

Für den Aufsichtsrat - - Wir haben ja, weil wir in Deutschland sind, diese vierteljährliche Frequenzzahl an Aufsichtsratssitzungen. Das hieß, dass die Aufsichtsratssitzungen im September, wo natürlich die ganze Krise schon da war - - Aber es stand auf der Tagesordnung, und es wurde auch sauber abgehandelt - die Berichterstattung des Chairman Audit Committee an das Plenum -, wie

dieser 44er-Bericht zu betrachten war. Da war die Antwort vielfältig:

Erstens. Unsere Bewertungsmethoden: vollkommen in Ordnung.

Zweitens. Aktiva nicht erwähnt, vollkommen in Ordnung, was auch - das meiste ist ja Public Finance gewesen bei der DEPFA - entsprechend so entgegengenommen werden musste.

Drittens. Berichterstattung des Vorstands, dass sie sich mit BaFin Ende Juli getroffen hatten, um BaFin selbstverständlich als Follow-up, als Reaktion auf den Bericht - immerhin gerade vier Wochen später -, sauber zu berichten über jede einzelne vorgetragene F-1-, F-2-, F-3-Kritik, was das Management dazu machen würde. Das ist gemacht worden, ohne dass BaFin dazu größer Stellung genommen hätte.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Sie erwähnten eben gerade schon die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Die hat ja auch den Geschäftsbericht, den Abschluss 2007, testiert. Hat es eine kritische Erörterung der, wie sich später herausstellte, schwierigen Liquiditätssituation im Aufsichtsrat gegeben aufgrund von Hinweisen oder Warnungen, Bemerkungen der KPMG?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Die erste Antwort ist: Liquiditätsberichterstattung ist in jeder Aufsichtsratssitzung - weil ja nur einmal im Quartal - gemacht worden. Das war so üblich; genauso wie das über Kreditengagements gemacht worden war.

Zum Zweiten. Wir - Sie mögen das nicht teilen - waren klar der Meinung, dass wir kein Liquiditätsproblem hatten. Und alles, was ich Ihnen vorgetragen habe als ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender, läuft darauf hinaus, dass sich dieses Unternehmen normal weiter finanziert hätte - Klammer auf: wobei ich hier gar nicht außer Acht lassen möchte, dass wir auch ohne Krise in der DEPFA einige Dinge verändert hätten, nämlich Infrastrukturfinanzierung usw., Klammer zu -, sodass aus unserer Sicht die Problematik, die sich für die HRE leider nach dem 15. September ergab, zurückzuführen ist auf diesen unglaublichen Finanzcrash und die unglaublichen Konsequenzen des Finanzcrashs.

Ich habe mir erlaubt, zwei oder drei Zitate zu zitieren. Das Jahregutachten für die Bundesregierung beschreibt das ja nun wirklich in ganz genauen Details, beschreibt auch zu meiner Überraschung, dass es als Erstes

ein Geschäftsmodell wie eine Großhandelsbank wie die HRE treffen musste. Daraus ist leider die Problematik entstanden.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Noch eine Frage, wenn Sie gestatten, Herr Viermetz: Vorgestern hat Herr Stéphane Wolter, ehemaliger Risiko-Controller in der HRE, in *Spiegel Online* ein Interview gegeben. Da sagt Herr Wolter:

Mit dem Kauf der Depfa war das Umfallen der HRE programmiert. Die Welle an kurzfristigen Verbindlichkeiten war schon beim Erwerb der irischen Tochter so stark, dass man nur noch beten konnte: Hoffentlich trocknet der Geldmarkt für die Depfa nicht aus!

Hat Herr Wolter nach Ihrer Kenntnis im Vorstand der HRE eine Erörterung seiner Sorgen veranlasst, und hat der Vorstand oder auch Herr Wolter selbst mit Ihnen als Aufsichtsratsvorsitzendem dieses Problem, seine Sorge erörtert?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Meine erste Antwort ist: Ich bin überrascht, kenne diesen *Spiegel*-Artikel nicht.

Zweite Antwort: Ich kenne auch den Namen dieses Risikomanagers nicht. Das will nun nicht sehr viel heißen. Als Aufsichtsratsvorsitzender muss ich nicht alle Herrschaften in der Bank kennen; aber es ist eine Indikation, dass er keine führende Stellung im Unternehmen hatte. Insofern bin ich natürlich überrascht, dass so ein Herr, so ein Banker, solche Erklärungen abgibt. Ich wünschte mir, das hätte er dem Vorstand früher gesagt. Ich kann Ihnen bestätigen, dass ich absolut nie diesen Namen gehört habe oder dass der Vorstand mir gesagt haben würde, dass ein Herr Wolter sehr besorgt ist um unsere Liquidität. Absolut nie da gewesen.

Dritter Punkt: Er sagte, oder Sie zitierten, er sagte, dass die DEPFA sich nur kurzfristig refinanzierte. Das stimmt ja nicht. Das stimmt ja ganz und gar nicht.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Das sagte er nicht; aber er sagte, das sei ein Problem gewesen.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Na ja, ich habe nun wirklich versucht, mehrere Male darzustellen, dass die Refinanzierung der DEPFA über die Jahre hinweg unverändert geblieben

war, nämlich 50 Prozent langfristig auf neun Jahre Durchschnitt, zumindest in den letzten zwei Jahren, soweit ich mich noch an die Details dieser Präsentation erinnern kann, dass die Repurchase Agreements - - Das war eine Institution für sich in den Märkten, das war so ungefähr wie, zur Europäischen Zentralbank zur automatischen Refinanzierung zu gehen, weil man ja die Sicherheiten hatte, die ganzen Staatspapiere. Es drehte sich also um 20 Prozent.

Wie ich schon sagte: Erstens war da durchaus große Aufmerksamkeit, mit wem man Geldgeschäfte machte, von wem man die Gelder erhielt - siehe dieser kleine Kreis, der immer bedient wurde.

Zum Zweiten ist ja Fristentransformation innerhalb eines konservativen Ratios, was immer jeder für sich selbst beantworten muss, ein Bestandteil des Bankgeschäftes. Denn - um ein Beispiel zu nehmen - wenn die deutschen Sparkassen ihre Spargelder nehmen, um langfristige Finanzierung zu finanzieren, dann wissen sie ganz genau, dass theoretisch die ganzen Spargelder über Nacht abgezogen werden können oder innerhalb von 90 Tagen. Aber ist ja alles vollkommen in Ordnung, weil man genau weiß, dass Spareinlagen zu 80 oder 90 Prozent über die Jahre immer auf den Passiva der Banken bleiben; nur um eine kleine Indikation zu geben, warum eine gewisse Fristentransformation durchaus in Ordnung ist.

Wie gesagt, ich bin als Banker, der nun eine Menge Erfahrung hat in diesem Geschäft, weltweit und das sehend, was mir unendlich leidtut, auch für den Finanzplatz Deutschland, für die Arbeitnehmer, für die Aktionäre, für meine eigene Reputation, wirklich zu dem Schluss gekommen: Es konnte nicht erahnt werden, dass uns die Insolvenz von Lehman in eine solche Situation treiben würde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön, Herr Spiller. - Ich erteile nunmehr Herrn Claus von der Linken für sieben Minuten das Wort.

Roland Claus (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe jetzt noch an einer Stelle Aufklärungsbedarf, Herr Viermetz. Es geht um den März 2008, weil im März die Aufsicht bereits Mängel im Risikomanagement festgestellt hatte. Darüber ist hier gesprochen worden. Aber mit Datum vom 25.03.2008 erteilte KPMG noch ein

Testat einwandfreier Geschäftsführung, sage ich mal. Wie kann denn so etwas zustande kommen? Sind da sozusagen die Prüfungsvorgänge durch die Aufsicht und die Testierung durch KPMG als zwei völlig voneinander getrennte Stränge gelaufen, oder welche Erklärung könnte es sonst dafür geben?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich kann Ihnen, Herr Abgeordneter, nur die eine Erklärung geben, dass ich nicht weiß, von welcher Kritik und von welchen Mängeln Sie ausgehen oder auf welche Aussage im März 08 Sie sich beziehen. Das ist mir nicht bekannt. Welche Quelle ist es denn: BaFin, Bundesbank?

Roland Claus (DIE LINKE): Letztendlich BaFin.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Es tut mir sehr leid. Vielleicht hat der Vorstand nicht alles berichtet. Ich kann Ihnen sagen: Ich weiß von keiner Beanstandung der BaFin uns gegenüber aus dem Monat März 08 und kann Ihnen aus meiner Kenntnis des Wirtschaftsprüfers - KPMG ist ja nun eine der führenden Firmen der Welt - sagen - automatische Annahme -: Wenn die das gewusst hätten, wären sie auch zu mir gekommen wegen des Testats oder hätten das im Auditausschuss behandelt. Davon war meiner Kenntnis nach keine Rede.

Roland Claus (DIE LINKE): Ich will hier nur so viel sagen: Ich habe dieses Dokument zwar nicht in Vollständigkeit, aber doch in hinreichender Beweiskraft durchaus selbst in Augenschein nehmen können. Insofern verwundert mich jetzt, dass Sie sagen, Sie kennen das überhaupt nicht. Das heißt, Sie sind mit der Testierung durch KPMG noch Ende März davon ausgegangen: Es ist im Wesentlichen alles in Ordnung. Ist das richtig?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das ist absolut richtig. Das betrifft auch den Audit im Prüfungsausschuss.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Haben Sie noch Fragen, Herr Claus?

Roland Claus (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist nicht der Fall. Dann leite ich über zur

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Dr. Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch einmal auf diese Woche Ende September zurückkommen, und zwar: Was wäre denn mit den Banken aus dem privaten Sektor geschehen, wenn die Rettungsbemühungen HRE gescheitert wären? Was musste also jeder einzelne der Vorstände, der da sah - - so als Wirkung auf sein Haus erwarten, wenn die Rettungsbemühungen scheiterten?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ist ja aus heutiger Sicht eine hypothetische Frage, aber ich glaube schon, dass man sie durchaus korrekt beantworten kann. Wenn keine Lösung zustande gekommen wäre, wäre der Lehman-Effekt eben für den Finanzplatz Deutschland mit allen seinen negativen Konsequenzen auch eingetreten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will es mal spezifischer - - Ich nehme sozusagen die Bank X und stelle mir vor, da sitzt der Vorstand Herr Y und überlegt sich in der Verhandlung: Was passiert denn mit meinem Haus, und was ist deswegen meine Verantwortung als Vorstand? Was muss ich tun? Was für Verluste hätte man denn direkt vergegenwärtigen müssen? Denn dieser Lehman-Effekt ist sozusagen ein sehr breites Bild. Ich versuche, mir das jetzt vorzustellen, was für den einzelnen Bankvorstand eigentlich das Szenario bei einem Scheitern gewesen wäre.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Wie gesagt, hypothetisch, aber ich glaube schon, sagen zu dürfen, dass - - Oder wollen wir es so sagen: Die Banken, die nur national tätig waren und die ihre Refinanzierung auf kontinuierliche Einlagenaktivität ihrer Kunden stützen konnten - wir sprechen hier, sagen wir einmal, von den Sparkassen -, wären weniger betroffen gewesen. Aber alle, die im internationalen Geschäft tätig gewesen wären, hätten - da bin ich mir sehr sicher - sehr schwierige Konditionen vorgefunden sofort am nächsten Tag, wie sie ihr Geschäft mit ihren normalen Partnern, was immer das darstellt - Devisengeschäft, Swaps, Kreditvergabe, Wertpapiere etc. -, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, darf ich da noch einmal nachfragen?

Zeuge Kurt F. Viermetz: - ausführen. Denn dann hätten die ganzen internationalen Märkte gesagt: Um Gottes willen - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will es noch einmal spezifischer - - Wenn ich Sie kurz unterbrechen darf.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Bitte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Einlagensicherungsfonds hätte doch im Fall einer Pleite eine bestimmte Menge an gesicherten Einlagen bei der Hypo Real Estate absichern müssen. Wir haben gestern erfahren, dass er nicht in der Lage dazu gewesen wäre -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, wohl kaum.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - danke für die Präzisierung; ja, ist so richtig -, wohl kaum in der Lage gewesen wäre, das zu stemmen. Was hätte das denn für die Banken, die diesem Einlagensicherungsfonds angehören, bedeutet? Gibt es da Nachschusspflichten oder - -

Zeuge Kurt F. Viermetz: Erstens. Soweit ich mich erinnern kann, aufgrund der Konstellation der rechtlichen Lage: Nachschussverpflichtung massiv. Zum Zweiten einfach die Tatsache - - Also, bei uns ging es ja nicht um Einlagen. Wir hatten ja Schuldscheine ausgestellt, Pfandbriefe herausgegeben. Nur diese 20 Prozent, die unbesichert waren, waren sozusagen Einlagen, die hier mit dem - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welcher Höhe war vom Einlagensicherungsfonds garantiert?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Das kann ich Ihnen nicht mehr auswendig beantworten. Jedenfalls wusste man doch - das war ja nun Gegenstand von vielen Diskussionen -, dass der Einlagensicherungsfonds schon bei der Lehman-Insolvenz, soweit es Lehman AG betraf, in große Schwierigkeiten geraten war,

seine Rolle zu spielen. Das wäre dramatisch verdeutlicht worden über Nacht, wenn so eine Situation mit der theoretischen Insolvenz HRE zustande gekommen wäre. Aber die größere Dramatik wäre gewesen, dass diese Einstellung, die bis dahin doch da war, dass die deutschen Aufsichtsbehörden, die Bundesregierung, die Bundesbank etc. hinter dem deutschen Bankensystem stehen, dass das über Nacht infrage gestellt worden wäre. Es hätte als Erstes natürlich die Konsequenzen gehabt all derer, die draußen auf der Welt Finanzierung machen - Exportfinanzierung, Importfinanzierung, was weiß ich - und entsprechende Geschäfte tätigen, die dann zu schwierigeren Konditionen oder überhaupt nicht hätten gemacht werden können.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord. - Das heißt, ich muss mir vorstellen, dass sich jetzt jemand wie Herr Müller oder Herr Ackermann für sein Institut vorstellt: Ich habe da Eigenes an Geschäft mit der HRE, was mir verloren geht, möglicherweise, wenn da unbesichertes Geschäft ist, und ich habe eine Nachschusspflicht über den Einlagensicherungsfonds. Es könnte sich also jeder der beteiligten Herren für sein Haus vorstellen, dass er Milliardenbelastungen für das eigene Haus hätte. Ist das richtig?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich muss davon ausgehen, dass das Bestandteil der Überlegungen der Herrschaften war. Es ist ja nicht umsonst, dass die Aufsichtsbehörden dem Vorstand der HRE bedeuteten, zur größten deutschen Bank zu gehen als Erstes.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Volumina, um die es geht, werden wir noch im Einzelnen sehen. Gestern hatten wir Zahlen, die in den höheren zweistelligen Milliardenbetrag gingen, die insgesamt da ausstanden. Das hätte doch bedeutet, dass bei einigen der Institute das Eigenkapital unter die aufsichtsrechtlich verpflichtende Grenze gerutscht wäre, wenn man in so kurzer Zeit so viel Kapital verloren hätte?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wobei, Herr Schick, eine Sache: Das Sekretariat weist mich gerade bezüglich der Nennung etwaiger Zahlen darauf hin: Das haben wir gestern im vertraulichen Teil unserer Sitzung abgehandelt. Ich darf Sie daran

erinnern. Wenn Herr Viermetz jetzt darauf nicht eingeht, bitte ich da um Verständnis.

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich wollte nur eines sagen: Hier wird, glaube ich, Kapital und Fremdfinanzierung verwechselt oder miteinander verbunden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann müssen wir das gegebenenfalls später noch mal klären.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ihre Zeit war abgelaufen. - Jetzt habe ich eine Frage - mal nach rechts, nach links geschaut - zum weiteren Prozedere. Die nächste Fragerunde würde mit der CDU/CSU eröffnet. Ich sehe, sie verzichtet.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wir haben keinen Fragebedarf.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann sehe ich, die FDP würde auch nicht fragen wollen. - Die SPD?

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Was ist mit der Linken? - Herr Claus auch nicht mehr.
Herr Schick, hätten Sie noch eine Frage?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Der zweite Punkt ist - ich will noch mal um Aufmerksamkeit bitten -: Ich sehe auch keinerlei Veranlassung oder keinerlei Bestreben seitens der Fraktionen, Herrn Viermetz noch in einem nichtöffentlichen Teil zu befragen, sodass ich dann dem Kollegen Spiller letztendlich das Wort erteile.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Viermetz, darf ich noch mal fragen? - Als die Bundesbank die Prüfung gemacht hatte und dann auch die BaFin, da war rein formal eigentlich die HRE als Holding nicht der Aufsicht unterstellt. Denn nach dem Kreditwesengesetz konnten Institute beaufsichtigt werden, aber nicht die Holding, die nicht selbst den Status einer Bank hat.

Wissen Sie von einem Schreiben, das der Vorstand der HRE im Jahr 2006 an die BaFin in Sachen Finanzholding gerichtet hatte? Ich darf das kurz zusammenfassen. Die Argumentation war: Eigentlich wäre es viel günstiger aus der Sicht der HRE, wenn es ein Steuerungssystem gäbe, das dann auch von der BaFin oder der Bundesbank überprüft werden könnte, während nach bisherigem Status es notwendig war, dass eine Tochterbank - das war in diesem Fall die HRE Bank AG - den Status, der Bankenaufsicht unterworfen zu sein, für die Gruppe übernommen hatte. Und die Holding hatte aber aufgrund von gesellschaftsrechtlichen Vorgaben auch ein eigenes Steuerungssystem zu unterhalten, sodass da eine Doppelung war. Ist das mit Ihnen auch mal erörtert worden?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Also, der Brief aus dem Jahr 2006 ist mir natürlich nicht bekannt, weil die Korrespondenz des Vorstands einfach nicht dem Aufsichtsratsvorsitzenden berichtet wird. Das werden Sie verstehen. Aber ich hatte vorhin im Zusammenhang mit anderen Fragen, glaube ich, ganz eindeutig klargestellt, dass unser Vorstand auf jeden Fall für eine Änderung des KWG plädierte, demzufolge Holdings als Berichterstatter und als Gegenadresse für BaFin und für Bundesbank gelten sollten, weil es die Dinge wesentlich einfacher macht, wenn eine konsolidierte Zahl gegeben wird. Sie haben vollkommen recht: Der Bericht über die Prüfung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement, Deutsche Bundesbank, vom 24.06. ist adressiert an vier Banken. Ich hatte ja auch zwei Daten gegeben für die Lancierung des Berichts durch die BaFin, und das war, weil der Verband Dublin separat behandelt werden musste. Da brauchte man, glaube ich, sogar die Genehmigung der irischen Zentralbank dazu. Antwort ist ganz klar: Wir hätten uns gewünscht, dass das geändert worden wäre.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt hat sich Herr Dautzenberg noch für eine weitere Frage gemeldet.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage, weil auch bei den Kollegen noch Fragebedarf war. Herr Viermetz, es gab zu einem bestimmten Zeitpunkt eine gemeinsame Liste von Bundesbank und BaFin zu

den sogenannten systemrelevanten Banken in Deutschland. Ist Ihnen die Liste bekannt, die dann leider an die Öffentlichkeit kam? Was hatte das Ihrer Meinung nach für negative Folgen, dass sie in die Öffentlichkeit kam?

Zeuge Kurt F. Viermetz: Ich kann Ihnen nur beantworten, dass ich die Liste nie gesehen habe.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: So, dann stelle ich jetzt fest, dass keine Fragen mehr an den Zeugen Herrn Viermetz bestehen.

Herr Viermetz, nach Fertigung des Protokolls - ich sagte es eben schon - wird Ihnen dieses zugestellt werden mit der Bitte, es binnen zwei Wochen auf Ergänzungen und Korrekturen hin zu kontrollieren.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich ferner gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass Ihre Vernehmung als Zeuge erst dann endgültig abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss feststellt. Eine solche Entscheidung hingegen kann erst dann ergehen, wenn Sie das Protokoll, das Ihre Aussage heute beinhaltet, haben kontrollieren und binnen der Zweiwochenfrist Ergänzungen, Berichtigungen angeben können oder eben auf eine solche Ergänzung verzichtet haben.

Ansonsten darf ich Ihnen für Ihr Erscheinen danken und Ihnen einen angenehmen Start in das Wochenende wünschen.

Frage in die Runde rings rum: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen allen und schließe die Sitzung.

(Schluss: 14.36 Uhr)